

Sonderbeilage zum erfolgreichen Abschluß des II. ordentlichen Parteitags der KPD/ML

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 15 vom 31. Juli 1972

6. Jahrgang

50 Pfennig

VOLK UNTER WAFFEN

Kriegsproduktion auf vollen Touren

"Es geht durch Bonn ein Geflüster
Arbeiter hörst Du es nicht?
Das sind die Stimmen der Kriegsminister!
Arbeiter hörst Du sie nicht?
Es flüstern die Kohle- und Stahlproduzenten
Es flüstert die chemische Kriegsproduktion
Bonn rüstet auf für Krupps Dividenden
Für Revanche und Großmacht und Konterrevolution!
Proletarier heraus! Den Haien unser Schwur:
Diesmal werden wir siegen!
Über die Henker errichtet die proletarische Diktatur
und Schluß ist's mit Ausbeutung und Kriegen!

Waffenschmieden in BRD auf 'altem Stand'

"Jede Waffe von uns", sagte Raketentrotzler Bölkow, "ist besser als die der Amerikaner." Die US-Imperialisten verbessern ständig ihre Waffen — durch den Einsatz gegen das vietnamesische Volk. Die deutschen Rüstungskonzerne aber haben auch ihre "Erfahrung". Heute baut der größte Rüstungsgigant Rheinmetall wieder das Maschinengewehr MG 42, das im 2. Weltkrieg bei der Niedermetzelung ganzer Völker 'erprobt' wurde.

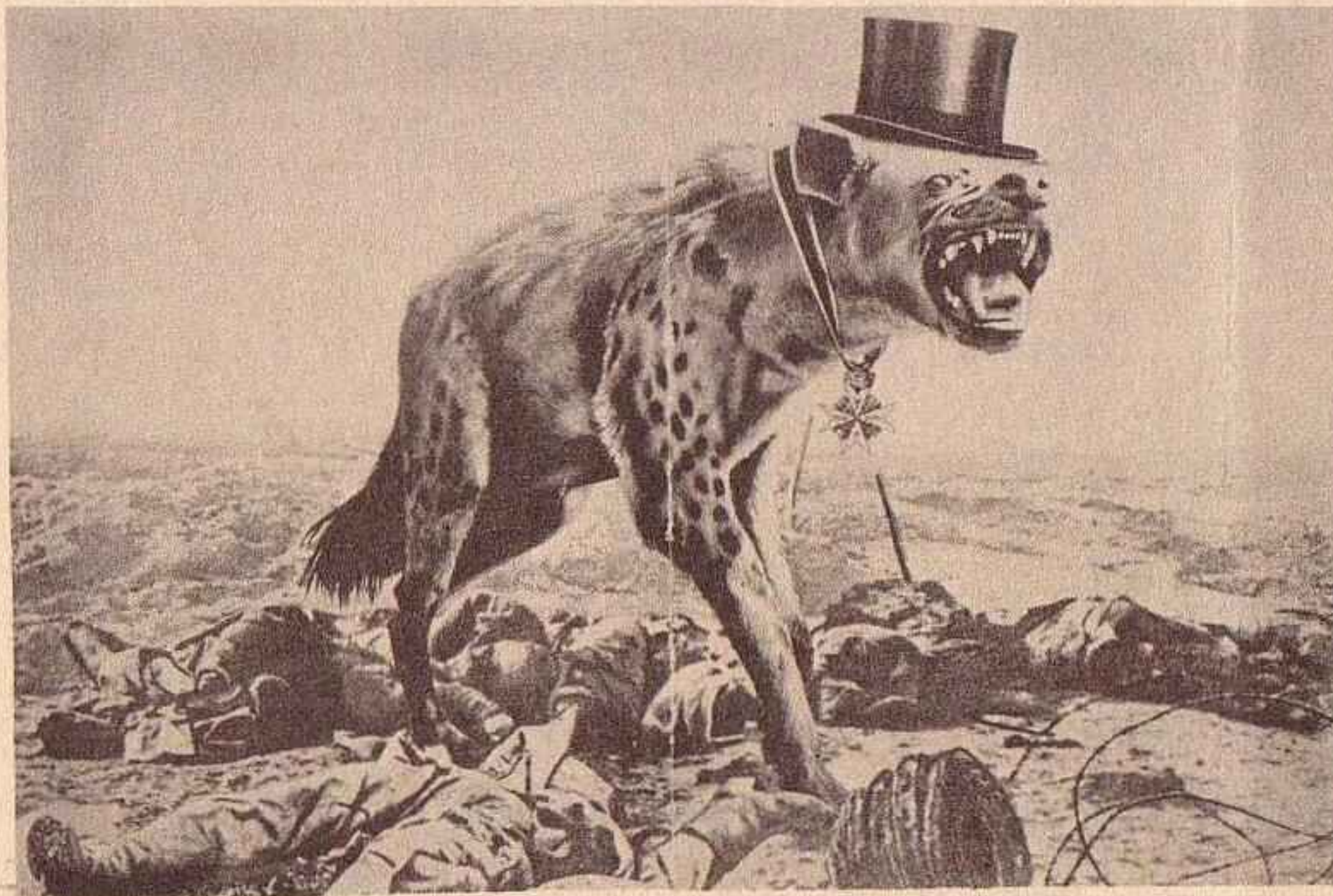
Wo vor dreißig Jahren die Waffen-

mehr Märkte, um noch mehr Arbeitsklaven. Heute, 25 Jahre danach, wird ihnen die Jacke wieder zu eng. Deutschland braucht wieder Kanonen statt Butter, "um sich Respekt zu verschaffen", wie Rheinmetall-Boss Dietrich Falcke sagte. "Die Erfahrungskette deutscher Ingenieure auf dem Gebiet der Rüstung", meint er weiter, sei "1945 zum ersten Mal gerissen. Hüten wir uns davor, daß sie in Ermangelung von Aufträgen ein zweites Mal reißt". (Spiegel 28/72)

Alles was gehen und stehen kann' soll in die Bundeswehr

Über ein Thema wollen die Parteien des Monopolkapitals im kommenden Wahl-'Kampf' keinen großen Staub aufwirbeln: über die rasende Militarisierung, über die Aufrüstung und Mobilmachung des westdeutschen Imperialismus. Am 23. Juni wurde im Bundestag durch die Bonner Notstandsparteien einstimmig das 'Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher, ersatzdienstrechtlicher und anderer Vorschriften' beschlossen. Mit diesem Gesetz sollen zukünftig neue Millionen der Arbeiter- und Bauernjugend in den Waffenrock gepreßt werden. Dieses Gesetz steht in einer Reihe mit den anderen im Juni verabschiedeten Gesetzen zur Verwirklichung der Notstandsverfassung: dem Verfassungsschutzgesetz, dem Gesetz zur Vorbeugehaft, dem Bundesgrenzschutzgesetz und dem Waffengesetz. Die Durchpeitschung dieser Gesetze zeigt zum einen, wie weit die Herren Krupp, Thyssen und ihre Nazi-Generale wieder auf dem Weg der Großmacht und Revanche gelangt sind. Zum andern aber ist auch eines gewiß: Mit jedem Arbeiterjugendlichen, den die Militaristen das Kriegshandwerk lehren, helfen die Militaristen auch, einen neuen Totengräber ihrer Herrschaft heranzubilden.

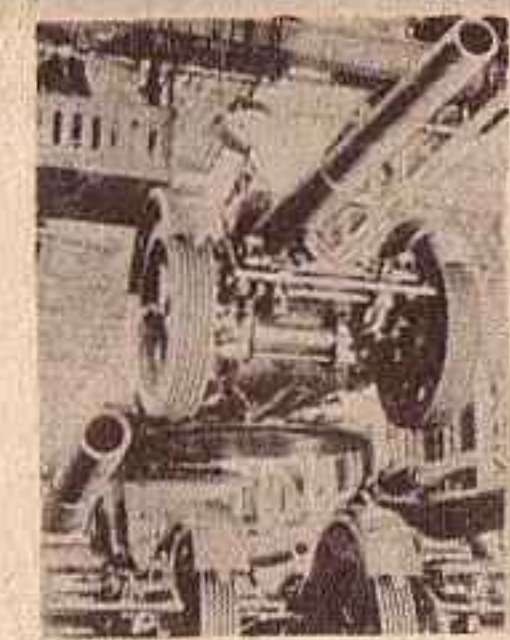
Es ist wieder soweit. Die 460 000 Soldaten der Bundeswehr reichen den 'neuerstarkten' Herren Westeuropas nicht mehr aus. Der BRD-Imperialismus will zu seiner wirtschaftlichen und politischen Stärke auch noch die militärische Stärke hinzufügen. Durch das neue Wehrgesetz sollen Hunderttausende und Millionen Soldaten durch den Barras geschleust werden. Damit wurde Ex-Kriegsminister Schmidts Forderung zum Gesetz gemacht: 'Ich strebe an, daß alles, was gehen und stehen kann, eingezogen wird!' (Bild am Sonntag, den 31.10.71)



KRIEG UND LEICHEN - IMMER NOCH HOFFNUNG DER REICHEN

schmieden auf Hochtouren liefen, rollt auch heute wieder Panzer um Panzer und Granate um Granate vom Band. Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Kraus, MTU, Dornier und MAN allein in München. Siemens, AEG, Blohm und Voss, HDW, Lürss usw. allein in Hamburg. MAN, KHD, Reinstahl-Henschel, Krupp, Nobel, Flick, Porsche, Mauser, Röchling alles bekannte, alles berühmte Namen. Namen, an denen Geld und Blut klebt. Namen, die kein deutscher Arbeiter je vergessen kann. Namen, die vor und nach 45 in diesem Staat in Wirklichkeit regiert haben.

Und diese alten Schlotbarone und Kanonenkönige und ihre Nachfolger fühlen sich heute wieder stark, denn sie sind 'aufgerüstet'. 1945 erlitten sie die Niederlage in ihrem wahnwitzigen Eroberungskrieg um noch mehr Rohstoffquellen, um noch



So fing es schon einmal an!

Die Rüstungshaie und Konzernherren haben vorgesorgt. Ganz Bonn wimmelt von ihrer Lobby. Sie kaufen Bundeswehr-Generäle und -Offiziere dutzendweise auf und setzen sie in die Managersessel ihrer Konzerne. Die alten und neuen Nazigenerale sorgen am besten dafür, daß die 'Erfahrungskette' nicht reißt...

Fortsetzung auf Seite 8

Durch die Änderung des Mustergesetzes sollen jetzt 50% der bisher 'Untauglichen' zum Bund eingezogen werden. Durch die Heraufsetzung des Wehrdienstalters von 25 auf 28 Jahre und durch die Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 15 Monate sollen:

- 75% statt bisher 60% eines Jahrgangs an Jugendlichen marschieren;
 - 240 000 statt bisher 190 000 Rekruten jährlich einrücken.
- Was hinter der Demagogie der 'Wehrgerechtigkeit' wirklich steckt, zeigt auch das Gesetz über die 'Verfügungsbereitschaft'. Nach dem Barras sollen die Soldaten als Reservisten zwei Monate lang jederzeit von der Bundesregierung mobil gemacht werden können. Die Zustimmung des Bundestages ist nicht nötig. Ab sofort soll damit der 'Blitzkrieg' und Bürgerkrieg für den 'Not-

standsfall' geübt werden.

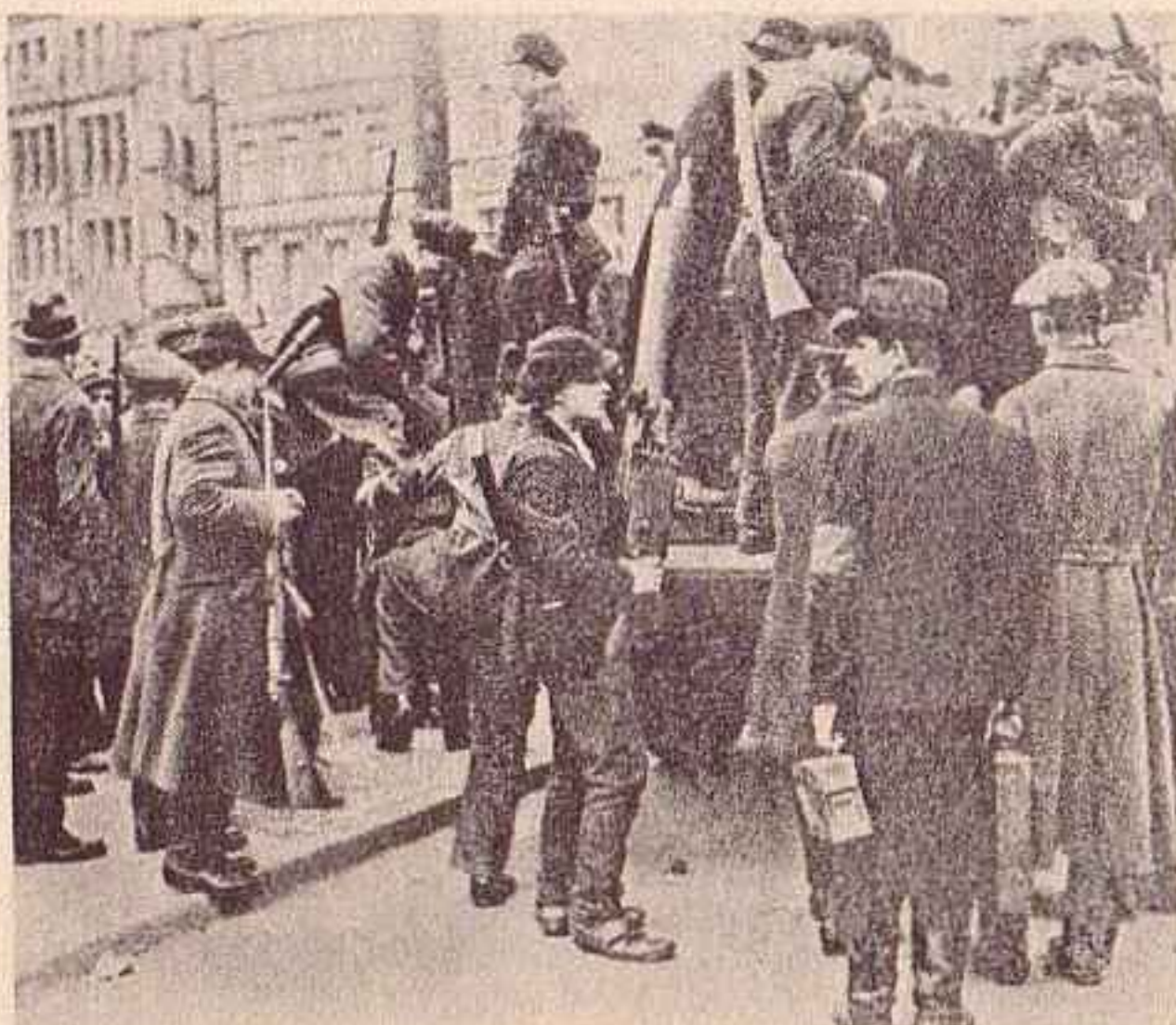
Der Heißhunger der Militaristen nach Massenmilitarisierung und -Mobilisierung ist damit nicht befriedigt. Auch der zivile Ersatzdienst wird jetzt durch das neue Gesetz eindeutig zum paramilitärischen und militärischen 'Dienst'. Die Ersatzdienstgesetze sehen eine Aufstockung der Einsatzpläne von 6 000 auf 20 000 und später auf 40 000 Plätze vor. Nach dem Gesetz sollen Kriegsdienstverweigerer bei Post, Bahn, Feuerwehr und Zivilschutz eingesetzt werden. Alle diese Stellen unterstehen aber im 'Notstandsfall' direkt dem Kriegsministerium! Drücken kann sich also keiner mehr! 'Was gehen und stehen kann', soll jetzt für den BRD-Imperialismus marschieren. Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert stellt der deutsche Imperialismus das Volk unter Waffen...

Für den 'Platz an der Sonne' marschieren ?

Vor allem die Arbeiterjugend wird durch die neue Massenmilitarisierung betroffen. Gerade bei ihnen wird auf Beruf und Familie am wenigsten Rücksicht genommen. Die Krupp, Siemens & Co. beuten sie täglich besonders aus und dann sollen sie noch für diese Profitheie in den Krieg ziehen?!

Die Arbeiterjugend hat schon immer bewiesen, welch starke Kraft sie im antimilitaristischen Kampf darstellt. Als kurz nach dem ver-

lorenen Eroberungskrieg die deutschen Imperialisten wieder ihre Bundeswehr schufen, da mußte erst der Widerstand der Arbeiterjugend gebrochen werden. Die FDJ wurde 1951 im Westen verboten, weil sie Tausende und Millionen Jugendliche auf die Straße rief, um gegen die Aufrüstungs- und Revanchepläne der Bourgeoisie zu kämpfen. Dabei wurde der Jungarbeiter und Kommunist Philipp Müller von der Adenauerpolizei erschossen. Philipp Müller ist unvergessen!



Arbeiter der Roten Ruhrarmee auf dem Marsch zum Kampf

Einen großen Rückschlag erlitt der antimilitaristische Kampf der Jugend durch den Verrat der Führer in der verbotenen KPD und in der SED. Die Jugend wurde nicht mehr konsequent auf den Augenblick vorbereitet, an dem es heissen wird: Gewehre umgedreht!

Kein Wunder, daß die BRD-Revanchisten wie wahnwitzig aufrüsten lassen. 'Die Friedensfahne flattert voran - und hinten rollen die Panzer', schrieb der ROTE MORGEN zum 1. Mai.

Auch die Regierung der DDR gibt

Pferdewechsel im Kabinett

Wer zieht am besten den Karren der Bonner Militarisierungs- und Großmachtpolitik?

Warum mußte Schiller gehen? Professor Schiller's "Wissenschaft" hat versagt. Gegen die kapitalistische Krisenwirtschaft gibt es eben kein kapitalistisches Professorenkraut. Dagegen gibt es nur ein Heilmittel: die Abschaffung des Kapitalismus durch die proletarische Revolution!

Schiller mußte gehen, um das Reformmäntelchen der SPD für den nächsten Wahlkampf etwas aufzufrischen. Bei diesem Geschäft hilft natürlich auch die parlamentarische "Opposition" mit. Schiller wollte laut CDU-Narjes den "Marsch in den Kollektivismus" verhindern.

Um was ging es Schiller wirklich, worin bestanden die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bourgeoisie?

Schiller war gegen den "staatlichen Dirigismus" in der Währungspolitik aufgetreten. Damit ist gemeint, daß der westdeutsche Imperialismus Devisenbewirtschaftung einführt und die Währungsunion mit der EWG schneller vorantreibt. Diese Maßnahmen werden von den französischen Imperialisten schon lange vom Bonner EWG-Partner verlangt. Bonn hat sich bisher dagegen gestraubt. Bonn wollte noch nicht so schnell die EWG als festen Block gegen die USA ins Feld führen. Noch im letzten Dezember sprang der BRD-Imperialismus dem zerrüt-

ten Dollar zu Hilfe, weil er sich dadurch eine weitere Stärkung der eigenen Position in Europa versprach. Dem US-Senior sich unterordnen und dabei profitieren — das war die westdeutsche Politik seit 45 gewesen.

Jetzt aber, seit die BRD zur vorherrschenden Macht in Europa wird, seit, die westdeutschen Imperialisten durch das Komplott Bonn-Moskau den Rücken durch die Supermacht UdSSR gestützt bekommen, wird Bonn immer anmaßender. Brandt hat Pompidou in vielen Fragen erstmals zugestimmt, die ein "europäisches Europa" gegen den USA-Einfluß schaffen soll. Die erweiterte EWG soll als neue Supermacht auferstehen, größer als die USA und die SU — und natürlich unter westdeutscher Vorherrschaft.

Schiller wollte die Allianz mit dem Dollar noch etwas länger aufrechterhalten und die "europäische Währungsunion" hinauszögern. Schiller war auch innenpolitisch verbraucht, Schiller mußte gehen.

Was bringt Schmidt mit?

Daß SPD-Schmidt jetzt das Superministerium Wirtschaft und Finan-

der Rüstungskonzerne ins Wirtschaftsministerium. Und Schmidt

Schmidt's Programm: Militarisierung der Wirtschaft, Ankurbelung der Inflation, weitere Ausplünderung der Werktätigen. Dafür ist er der 'Richtige'.

Er hat gute Empfehlungen für die Bourgeoisie zu bieten: Als Kriegsminister hat er weiter die europäische Vorherrschaft der BRD in der NATO ausgebaut. Nicht zufällig fand die NATO-Tagung vom Mai im Bonner Bundestag statt. Schmidt war es, der den Verbündeten immer wieder deutlich machte, wie die NATO den Bonner Revanche-Plänen dienen muß. So fand Ende Juni die Kriegsübung "Sand Martin 72" statt, die sich von der westlichen Ostsee bis zu den Alpen erstreckte. So findet vom 18. - 22. September unter der Bezeichnung "strong express" das bisher größte kombinierte See-, Luft- und Landunternehmen statt, das auf Drängen des Revanchisten Schmidt bis an die Grenze der DDR ausgedehnt wird. Wer kommt also jetzt ins Superministerium? Ein Einpeitscher des Revanchismus, einer, der gegen die imperialistische Konkurrenz mit dem drittgrößten Militärapparat der Welt aufwarten kann. Ein Mann, der die Wirtschaft auf den militaristischen 'Trab' bringen will.

Mit Schmidt-Schnauze kommt auch ein Mann ans Wirtschaftsruder der Regierung, der der Bourgeoisie eine besonders gewiefte 'soziale' Demagogie zur Irreführung der Massen anbieten kann. Immer wieder tönte er von Reformen und von der 'paritätischen Mitbestimmung'; auch jetzt wieder auf dem 9. DGB-Kongress. Mit Schmidt hoffen es die Parteifreunde im DGB-Vorstand leichter zu haben, die Gewerkschaftsmitglieder für die Unterstützung des militaristischen Kurses der Bonner Großmachtspläne einzunehmen.

Statt dessen verbreiteten die Revisionisten das Gift des Pazifismus und ließen die Jugend durch Pazifisten-Organisationen wie Ostermarsch und DFU irreführen.

So konnten die Imperialisten relativ ungestört weiter aufrüsten.

Neue Schützenhilfe bekam der BRD-Militarismus durch die Machtergreifung der Chruschtschow-Breschnew-Bande im Kreml. Sie schlossen mit den Kremlzaren die 'Ostverträge' ab. Diese Verträge dienen in keiner Weise dem 'Frieden und der Aussöhnung mit dem Osten'. Im Gegenteil. Diese Verträge sind ein gefährliches Komplott zwischen den imperialistischen Wölfen zur Bedrohung der Völker. Der Revanchisten-Häuptling Brandt hat selbst hundertmal betont, daß die 'neue Ostpolitik' Hand in Hand mit Aufrüstung und Militarisierung gehen muß. Das kann auch nicht anders sein. Wie der ROTE MORGEN immer wieder aufzeigte, wird durch das Komplott Bonn-Moskau der Heißhunger des Bonner Revanchismus immer mehr angestachelt. Der Kreml verkauft die Souveränität seiner Vasallenstaaten im Ostblock.

Vorwärts im antimilitaristischen Kampf!

Die revisionistischen Verräter können heute nicht mehr verhindern, daß der antimilitaristische Kampf der Jugend vorwärtstürmt. Schon mußten Regierungs- und Bundeswehrexperthen dicke Bücher über die 'mangelnde Disziplin in der Truppe', über den

Kommunisten in vordester Front!

Schon beginnt die Rote Garde, die kommunistische Jugendorganisation der KPD/ML antimilitaristische Komitees in der Bun-

dem Bonner Revanchismus Rückendeckung. Die Honnecker-Clique machtwillig mit beim Ausverkauf der DDR, die zwischen den Großmächten SU und BRD verschachert wird. So hat die SED-Führungsclique nach der Unterzeichnung des Berlinabkommens und der Ostverträge den 'Soldatensender' einstellen lassen. Bis dahin hatte der 'Soldatensender' die Aufgabe, den antimilitaristischen Kampf in der westdeutschen Bundeswehr zu unterstützen. Die Einstellung des 'Soldatensenders' zeigt, wie willig die bürgerlichen Machthaber in der DDR die Befehle Moskaus ausführen. Ja nichts tun, was die Umarmung der beiden neuen Partner SU und BRD stören könnte!

Solche Zugeständnisse läßt sich der BRD-Revanchismus nicht zweimal bieten. Die Landarmee, die Artillerie, das Waffenarsenal für den 'taktisch-begrenzten' Krieg gegen die DDR wird aufgerüstet. Die Mobilmachungsübung im letzten Herbst und die Manöver der letzten Zeit waren nach wie vor gegen die DDR gerichtet. Die Bundeswehr war und ist eine Angriffsarmee geblieben. Die Armee der Revanche!

wachsenden Widerstand der Arbeiterjugend im Heer, schreiben. Mit aller Gewalt versuchen die Offiziere, die 'Disziplin' wieder herzustellen und die Soldaten für die Interessen der Imperialisten zu gewinnen. Aber das ist nicht mehr drin.

deswehr aufzubauen. Der Kampf gegen die zunehmenden Schikanen, gegen Verhetzung und Drill, und für bessere Bezahlung der

zen übernahm, ist kein Zufall. Er ist es gewesen, der die maßlose Aufrüstung der Bundeswehr vorantrieb wie kein anderer vor ihm. Mit Schmidt zieht sein ganzer "Mitarbeiterstaat" von Mangern und Agenten

Soldaten wird aufgenommen. Kommunisten arbeiten in der Bundeswehr, um den Soldaten zu zeigen, gegen wen sie eines Tages ihre Gewehre richten müssen: Gegen die imperialistischen Räuber und Kriegstreiber und alle ihre Handlanger!

Die Arbeiterjugend ist heute bereit zu kämpfen! So wurden neulich zwei 20-jährige Soldaten zu 7 und 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie drohten, den Militaristen eine Bombe unter den Stuhl zu legen. So berichtet das Hamburger Abendblatt vom 15. Juli entsetzt von der Unruhe in der Bundeswehr. Unter anderem berichtet sie vom Kanonier Schulz, der mit einem Messer auf seinen Unteroffizier vom Dienst losging. Beschwerden der Soldaten häufen sich, Prozesse wegen 'unerlaubter Entfernung von der

Das Gewehr umdrehen!

Niemals wird sich die Arbeiterjugend dazu mißbrauchen lassen, auf ihre kämpfenden Väter und Brüder, auf ihre Klassengenossen zu schießen! Heute schon wird damit begonnen, das Gewehr umzudrehen. Die ersten antimilita-

teilte auch schon mit, wie er die Wirtschaft im Interesse der weiteren Militarisierung zu subventionieren gedenkt: ".....meine ich, daß der Staat in Zukunft mehr Steuern braucht, als er bisher hatte."

Truppe' nehmen zu, die gemeinsame Kampffront der Soldaten wächst.

'Haarerlaß' und neues Disziplinarrecht sollen die Soldaten dücken. In München und Hamburg wurden extra Bundeswehrhochschulen gegründet, um eine besonders verhetzte Eliteschicht von Offizieren und Unteroffizieren heranzuzüchten. Besonderes Fach: 'Menschenführung'. An den Schulen soll mit Hilfe des 'Wehrkundeerlasses' für die Bundeswehr geworben werden. Aber alle Werbung nutzt nichts. Das deutsche Volk weiß aus schlechter Erfahrung, wozu das Militär der Krupp & Co. dient. Die Bundeswehr dient für den Eroberungskrieg und dient auch zur Unterdrückung der Arbeiterklasse im eigenen Land.

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Vorwärts im Kampf gegen Militarismus und Revanchismus!

Vorwärts mit der KPD/ML!

Aber es kommt nicht auf Schmidt's Schnauze an, sondern auf seine Taten. Und für diese wird er wie alle anderen Handlanger des Kapitals noch von der Arbeiterklasse zur Rechenschaft gezogen!



Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS
MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion:

2 Hamburg 71, Postfach 464

Bestellungen an Vertrieb:

87 Würzburg, Postfach 612

Postscheckkonto:

Hamburg, Nr. 26 27 67

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg; Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise vierzehntägig montags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement Inland: DM 11,- für ein Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto, Ausland DM 11,- für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu zahlen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Wolfsburg:

(4)



(DIE ARBEITERKLASSE
MUSS BEI ALLEM
DIE FÜHRUNG INNE
HABEN)

BETRIEBSZEITUNG FÜR VW DER KPD / MARKISTEN - LENINISTEN

Grüss die Gewerkschaftsbonzen - bin arbeitslos

Ein VW-Kollege:

Grüß die Gewerkschaftsbonzen
— Bin Arbeitslos!

So ist die Stimmung bei vielen Kollegen, die 2. 5. 12 Jahre im Werk gekloppt haben und heute auf der Straße sitzen.

Paßt die Nase von einem Kollegen nicht, wird aus einer Mücke ein Elefant gemacht und der Kollege ist weg vom Fenster. Leidings Entlassungs-terror wütet und lichtet die Reihen der Kollegen immer mehr.

Da haben sich die VW-Kapitalisten eine ganz saubere Sache ausgedacht. Nach der Masche: Mit Speck fängt man Mäuse, haben sie nun die Auf-

Auch diese Prämie ist nur ein halber Eimer. Bei den Riesenprofiten 1971 wären 10% nicht zuviel.

Alles, was die Bonzen erreichten, ist das, daß die übertariflichen Zulagen gestrichen wurden. So sieht die Mitbestimmung der Bonzen aus: Zusammengehen mit den Kapitalisten auf Kosten der Kollegen. Uns erzählen sie: „Ja, wir müssen vernünftig sein. Bloß kein Kampf, bloß kein Streik.“ Das ist die Taschenträgermentalität der Bonzen.

Greulichs Plan, 6.000 Kollegen aufs Pflaster zu werfen bis September, wurde von Leiding nicht dementiert. Doch wenn die Kollegen „Freiwillig“ gehen, dann brauchen keine Massen-

schmeißt man sie eben mit Gewalt raus. Das ist die Logik der Kapitalisten.

Was tut Ehlers? Setzt er sich für uns ein? Nein! Er tutet ins gleiche Horn wie die VW-Kapitalisten. Besonders er will uns einreden, freiwillig das Feld zu räumen.

Hört zu, ihr Bosse und Bonzen!

Wir haben Familie, Frau und Kinder, Wohnungen und Auto.. Das muß bezahlt werden. Die Kohle muß stimmen. Und da sollen wir euch den Gefallen tun und abhauen, damit ihr wieder die fetten Profite macht? Das würde euch so passen! Deshalb:



BÄNNINGER - BETRIEBSZEITUNG
DER KPD/MARKISTEN - LENINISTEN



ROT - GUSS

NR. 1

JULI 1972 - Gießen -

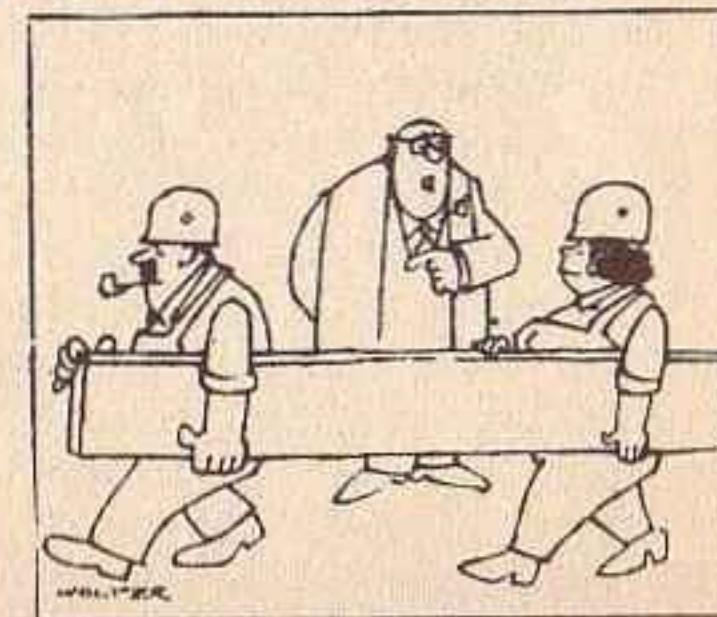
FREIEXEMPLAR

Wie in allen Betrieben, so werden auch hier bei Bänninger die Lehrlinge wie der letzte Dreck behandelt. Am Anfang der Lehre werden wir für neun Monate in die Lehrwerkstatt gesteckt.

Was sollen wir als Lehrlinge lernen: Maul halten?

Untersuchen wir doch mal, was für Bänninger wichtiger ist. Feilen können müssen wir nur bei der Gesellenprüfung und dann so gut wie nie mehr. Wenn man uns erst mal richtig beigebracht hat, das Maul zu halten, dann kann man mit uns machen, was man will, so glauben die Kapitalisten. Für die paar Mark Lehrlingsvergütung sollen wir die gleiche Arbeit wie die Gesellen machen. Das könnte den Kapitalisten so passen, den Bännin-

ge in der BRD im Durchschnitt 3/4 ihrer Arbeitszeit in der Produktion verbringen, steht unsere Forderung: Gleiche Arbeit — gleicher Lohn, 80% vom Facharbeiterlohn!



„Wieso gleicher Lohn? Der Mann hat doch viel größere Hände!“

Das heißt aber auch, daß wir genauso wie unsere älteren Kollegen und gemeinsam mit ihnen für die Absicherung und Erhöhung unseres Lohnes kämpfen können müssen. Der Arbeiterklasse ist noch niemals etwas geschenkt worden. Was sie erreicht hat, hat sie durch Kampf erreicht. Die

hebungsverträge aus ihrer Trickkiste herausgekratzt.

„Freiwillige Entlassung“

Das ganze wurde mit Hilfe der Gewerkschaftsbonzen untergebraten, die die Vertrauensleute damit auf die Kollegen losjagten. In allen Abteilungen zischten sie rum und verbreiteten es:

Bei freiwilligem Ausscheiden: 1 Monatslohn und volle Prämie (d.h. 5,1% statt 8% wie im letzten Jahr).

gehen, dann brauchen keine Massenentlassungen stattfinden. Dann können 750 Wagen weniger pro Tag schmerzlos verkraftet werden. Schmerzlos für die Kapitalisten. Und die Kollegen....

Wir Kollegen sollen uns freiwillig den Brotkorb weghängen, freiwillig das eigene Grab schaufeln.

So glauben die VW-Kapitalisten, sich dem Hass der Kollegen zu entziehen.

Massenentlassungen sollen vertuscht werden als „freiwilliges Ausscheiden“. Und wenn die Leute freiwillig nicht gehn wollen, dann

Keine einzige Entlassung mehr!

Kampf den „Freiwilligen“ Entlassungen!

Kampf den Massenentlassungen!

Kapitalisten so passen, den Banninger und Co. Uns als billige Arbeitskräfte auszunutzen und Extraprofit einzustreichen. Wir haben nichts gegen die Arbeit und Ausbildung in der Produktion. Aber wenn schon die gleiche Arbeit, dann auch der gleiche Lohn.

Gleicher Lohn

für gleiche Arbeit!

Für diese Forderung wird sich die Rote Garde immer wieder einsetzen. In Zahlen heißt das: da die Lehrlin-

hat sie durch Kampf erreicht. Ein Mittel um unsere Tagesforderungen durchzusetzen, ist der Streik. Davon dürfen auch wir Lehrlinge nicht ausgeschlossen sein. Deshalb unsere Forderung:

Streikrecht für Lehrlinge!

Damit schieben wir auch einen Riegel vor die Versuche der Kapitalisten, uns als Streikbrecher in den Kämpfen einzusetzen und gegen die älteren Arbeiter auszuspielen, wie sie es in den letzten Jahren immer wieder versucht haben.

Betriebe sollen Militärzuchthäuser werden

Die Kapitalisten brauchen mehr ‚Schutz‘ in den Betrieben. Die zunehmenden Entlassungen von fortschrittlichen und kommunistischen Arbeitern und die Ausschlußwelle der Bonzen gegen klassenkämpferische Gewerkschafter reichen nicht mehr aus. Die Kapitalistenverbände haben daher jetzt neue Vereinbarungen getroffen, um die Kämpfe in den Betrieben zu unterdrücken. Sie nennen diese Pläne „betrieblicher Katastrophenschutz“. Das ist eine weitere Maßnahme der „Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz“, um die Militarisierung und Faschisierung der Gesellschaft auch in den Betrieben durchzusetzen.

Es wurde eine ‚Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen der gewerblichen Wirtschaft‘ geschaffen, die die totale politische Überwachung jedes Kollegen gewährleisten soll. Zusätzlich wird ein System von Spitzeln und Achtgroschenjungen aufgebaut, die den Denunzianten (die in manchem Betriebsrat sitzen) zusätzliches Material über revolutionäre Arbeiter besorgen sollen.

Diese Pläne der Kapitalistenverbände sollen in der ganzen BRD einheitlich angegangen werden. Schiller und Genscher hatten ihre Mitarbeit dabei schon

abgesprochen. Der Verfassungsschutz und die Agenten des ‚politischen Sekretariats‘ sollen in die Betriebe gelassen werden. Was bei unseren ausländischen Kollegen schon an der Tagesordnung ist, soll auch mit den deutschen Arbeitern praktiziert werden: Zutritt der staatlichen Verfolgungsorgane in den Betrieb. Herumschnüffelei und Bedrohung durch die bezahlten staatlichen Agenten.

Zu diesen Versuchen der politischen Unterdrückung der Arbeiter und Angestellten kommt der weitere Ausbau des militärischen und paramilitärischen Apparats

- vor allem in den Großbetrieben. Immer häufiger wurden in letzter Zeit Kollegen durch den Werkschutz tyrannisiert. So wurden in Zechen im Ruhrgebiet die Kumpel gezwungen, sich ausziehen und sich nach ‚Waffen‘ durchsuchen zu lassen. So berichtete zum Beispiel der ROTE MORGEN in der Nr. 12 bereits, daß im Keller von SIEMENS-Gartenfeld (Berlin) leichte und schwere Waffen für den Werkschutz gelagert sind. Kollegen von Siemens berichten von nächtlichen Manövern des Werkschutzes mit Platzpatronen. Am Wochenende bringt dann die Polizei in gemeinsamen Übungen dem Werkschutz die Niederschlagung von Streikposten, die Räumung besetzter Fabriken und die Unterdrückung des Aufstands bei. Erst vor kurzem wurde der kommunistische Arbeiter Pierre Overney bei Demonstrationen gegen die Renault-Kapitalisten vom Werkschutz erschossen. Auch bei uns wird nicht nur mit Platzpatronen geschossen werden, wenn

der ‚Katastrophenfall‘ kommt.

Es gibt sehr viele anständige Kollegen im Werkschutz. Sie machen die zunehmende Verhetzung und die offene Ausbildung als Bürgerkriegstruppe der Kapitalisten nicht mehr mit. Nach den neuen Plänen der Konzernherren sollen jetzt Arbeiter selbst dazu gezwungen werden, die paramilitärische Ausbildung in einer ‚Schutztruppe für den Katastrophenfall‘ mitzumachen. Der Arbeiter in dieser Miliz soll später gegen seine eigenen Klassengenossen aufgehetzt werden.

Diese Machenschaften bedeuten nichts anderes, als daß die rasende Militarisierung und Faschisierung in unserem Land auch in den Betrieben durchgesetzt werden soll. Die Verwandlung der Betriebe in Militärzuchthäuser wird auf die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse treffen!

Jung und Alt stehen in einer Kampffront gegen das Kapital!

Während der Ausbildung kriegen wir es immer wieder zu hören, „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“, womit man uns unsere jetzige Situation als gerechte Vorstufe zu besseren Zeiten verkaufen will.

Wie sieht's aber dann aus, wenn wir die Lehre hinter uns haben, so mit 18 oder 19.

Dann kommt der Bund, dann werden wir Arbeitersöhne eingezogen, während sich ein Großteil der Kapitalistensöhne ein feines Leben macht.

So sieht das also aus: Erst verschärfte Ausbeutung in der Fabrik, dann an die Gewehre. Und das Kriegshandwerk sollen wir nicht zum Spaß erlernen. Wenn die fetten Geldsäcke und Fabrikherren, wie Krupp Thyssen und Abs aus unseren Knochen nicht mehr genug Profit heraus schlagen können, dann werden sie neue Eroberungskriege entfachen, fremde Völker ausplündern und unterdrücken. Für dieses blutige Geschäft dürfen wir Lehrlinge und Jungarbeiter dann an vorderster Front unsere Köpfe hinhalten. Kanonenfutter für die Profitgier, das könnte den

Betriebszeitung der KPD/ML
für die Hamburger Werften
Nr. 1 / Juli 72

FRISCHER



WIND

Werftbosse gehen über Leichen

Kollegen,
Vor drei Wochen verunglückte ein Kollege bei der Arbeit. Er rutschte aus, schlug mit dem Kopf gegen eine Eisenkante und stürzte dann in die Tiefe. Das ist nur ein Fall von zahlreichen Arbeitsunfällen der letzten Jahre, wo Kollegen verletzt wurden oder gar zu Tode kamen.

— Oktober 68: Drei tödliche Unfälle. Ein herabstürzender Kranausleger erschlug zwei Kollegen und verletzte einen anderen lebensgefährlich.

— November 69: Ein Kollege wird von einem herabfallenden Malspieler getroffen. — Tod.

— November 70: Gasexplosion auf der „Torinita“. — 3 Schwerverletzte!

— April 71: Explosion auf dem Tanker „Seven Stars“. Sieben Kollegen mußten dran glauben.

— Februar 72: Eine Barkasse geht unter: 27 Tote Arbeiter.

Die Reihe ließe sich bis heute fortsetzen. Zu dem Todesfall vor drei Wochen meinten einige Kollegen: schuld seien die verdammt schlechten Sicherheitsvorkehrungen. Andere äußerten: Er hätte ja mit besoffenem

krank würde, hätte er seine Papiere bekommen. Bei Blohm und Voss werden, wie in allen anderen Großbetrieben „Schwarze Listen“ geführt. Wer öfters mal ne Minute zu spät kommt, öfters mal aufgrund des mörderischen Arbeitstempos krank ist, bekommt einen Anschuß und fliegt bei der ersten besten Krise raus. Auf diese miese Tour wollen sich die B&V-Bosse „gesundschrupfen“, dadurch Massenentlassungen auf einen Schlag umgehen. Von 1970 bis 71 sind über 700 Kollegen auf die Straße gesetzt worden. Und: die Arbeitsleistung eines Kollegen stieg in der gleichen Zeit um mehr als 20%.

Rationalisierung ohne Rücksicht auf Verluste!

In der Sprache der Kapitalisten heißt „Rationalisierung“ Anpassen der Wirtschaft an die internationale Konkurrenz. Aber für uns bedeutet das: Versetzungen, Kurzarbeit, Massenentlassungen, mörderisches Arbeitstempo. Diese „Rationalisierungswelle“ bekommen nicht nur die Kollegen der Hamburger Werften zu

Lieber schränken die B&V Bosse die Produktion ein, als auf ihre Millionen Höchstarife zu verzichten. Ob in der Flaute oder Hochkonjunktur, bei den Kapitalisten stimmt die Kasse immer. Ob die Kollegen dabei draufgehen ist ihnen egal. Geschwätz der Herren Großaktionäre, daß jeder „für seine Sicherheit“ selbst verantwortlich sei, ist reiner Hohn. Wie sollen wir denn bei dem mörderischen Arbeitstempo in der Knochenmühle Blohm & Voss vernünftig Sicherheitsvorkehrungen beachten? Abgesehen davon, daß viele dieser „Sicherheitseinrichtungen“ total veraltet und kaputt sind.

Die Toten und Verletzten Kollegen der vergangenen Jahre gehen auf das Konto Blohm & Voss — Bosse, der Großaktionäre wie Thyssen und Siemens!

Kollegen, diesem System, das auf Diebstahl und Mord an Millionen Werktätigen beruht müssen und werden wir alle gemeinsam den Kampf ansagen! Den Blohm & Voss — Bossen, den Siemens und Thyssen, diesen Schreibtischdieben und — mörderischen Faust ins Gesicht! Kämpfen wir gegen die Arbeitshetze als Hauptursache der Betriebsunfälle!

Kämpfen wir gegen Entlassungen wegen Krankheit!

DAS LIED ÜBER DIE FRIEDENSTROMMLER



„Ich verstehe Ihre Heiterkeit nicht, meine Herren. Ich sagte doch nur, die Ostverträge sind Friedensverträge.“

Im Bundestag, da ist was los,
Da krachts aus allen Rohren.
Der Barzel schreit und macht sich groß:
„Ganz Deutschland ist verloren!“

Der „Friedens“kanzler Willy Brandt
Ist schlau und gar nicht träge:

Doch wir, die Kommunisten, sagen:
„Das ganze ist ein übler Trick!
Die jetzt die Friedenstrommel schlagen,
bereiten vor den nächsten Krieg.“

Die Kremlzaren wolln in China
Zerstören dort des Volkes Macht.

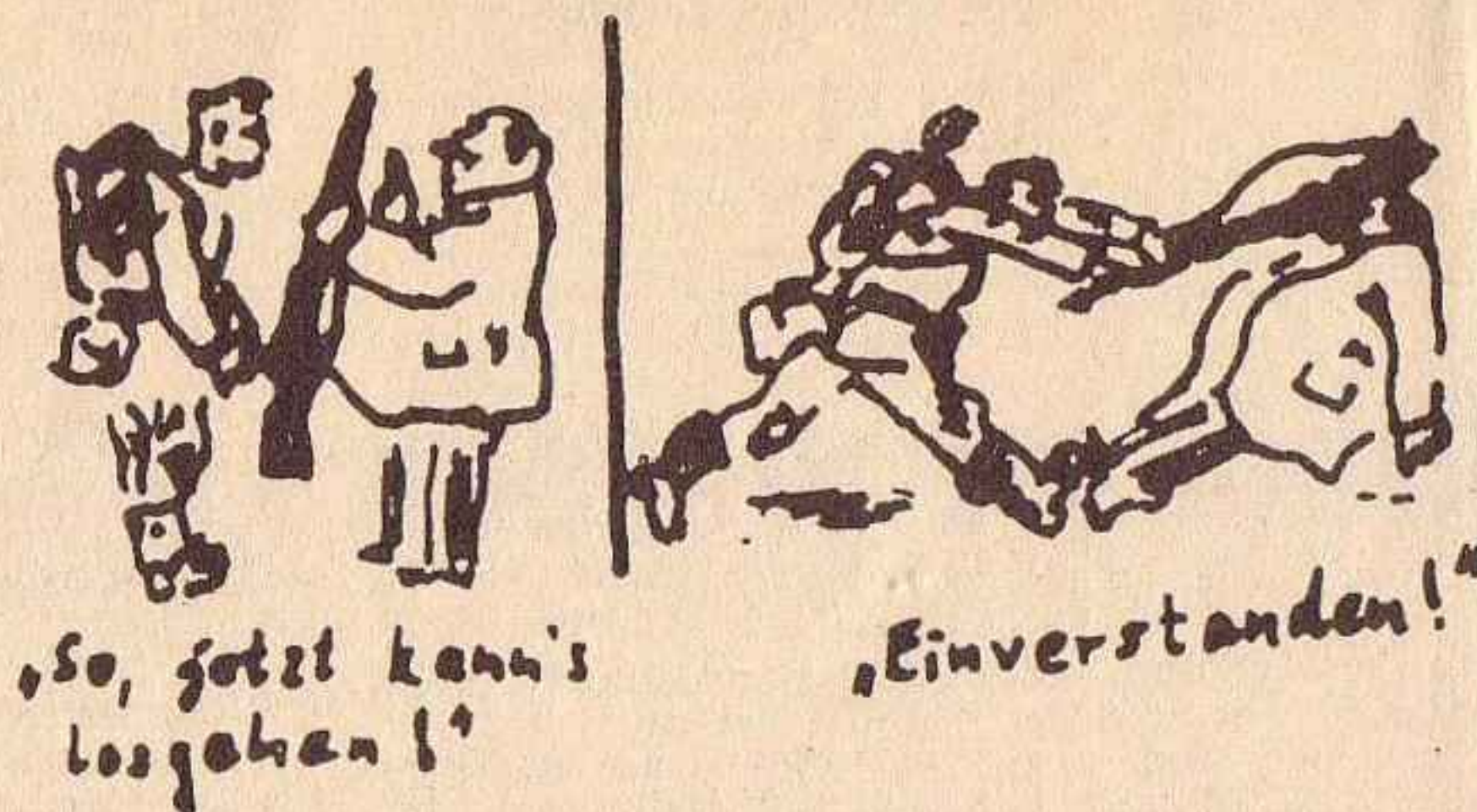
Kopf nicht zur Arbeit kommen brauchen. Aber: Warum kam er trotzdem zur Arbeit? Sicherlich nicht, weil er sich gerne für die Blohm und Voss Großaktionäre abrackern will. Der Kollege wußte, wenn er noch einige Male

Kollegen der Hamburger weriten zu spüren. Die Kohlekumpels im Bergbau, die Kollegen in der Stahlindustrie und der Automobilbranche sind nicht besser dran. Jüngstes Beispiel ist VW, wo bis Jahresende 15 000 rausgeschmissen werden sollen.

wegen Krankheit!

Kollege!
Alle Räder stehen still,
wenn Dein starker Arm
es will!

IM ERNSTFALL: GEWEHRE UMDREHEN!



Herren so passen.

Wir werden nie wieder die Gewehre gegen unsere Klassenbrüder in anderen Ländern richten, sondern die Gewehre gemeinsam mit ihnen gegen die imperialistischen Kriegstreiber und ihren militärischen Apparat wenden.

Es muß der Kapitalistenklasse teuer zu stehen kommen, daß sie uns an den Waffen ausbildet. Damit schaufeln sie sich ihr eigenes Grab. Wir dürfen den Kriegsdienst nicht verweigern. Wir halten es da mit dem grossen Arbeiterführer Lenin, der gesagt hat: "Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffenkenntnisse zu gewinnen, ist es nur wert, unterdrückt zu werden."

Wir lassen uns an den Waffen ausbilden, denn mit diesen Waffenkenntnissen werden wir unsere Feinde besiegen. Wir werden die Kapitalisten mit ihren eigenen Waffen schlagen.

Deshalb:
Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten — rein in die Bundeswehr!
Macht diesen Unterdrückungsapparat für die Kapitalisten unbrauchbar!
Krieg dem imperialistischen Krieg!
Wir müssen ganz klar das Ziel vor Augen haben. Für uns Lehrlinge und Jungarbeiter gilt es zusammen mit den anderen Werktätigen in einer Front zu kämpfen. Unter der Führung der KPD/ML und ihrer Jugendorganisation gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegstreiberei
Lehrlinge und Jungarbeiter,
organisiert euch in der Roten Garde!

„Mit Breschniew am Schwarzmeerstrand
Erfind ich die Verträge.“

Da tobt der Saal und Josef Strauß,
der schwarz-braun fette Bayer, schreit:
„Die Obstverträge san a Graus,
Zerstören Deutschlands Herrlichkeit!“

Die Presse schreibt: „Da sehen Sie,
Gut ist das Parlamente.
Das ist die wahre Demokratie,
Da falln die Argumente.“

Und auch die SEW macht mit
Und tut sich nicht genieren.
Nun heißt der „Wahrheit“ größter Hit:
„Verträge ratifizieren!“

Und unsre Herren wolln gen Osten,
Weil der Profit sie gierig macht.

Mit den Friedenslobiraden
Werden wir jetzt eingewiegt,
Bis der erste Atomgiftschwaden
Uns in Lung' und Magen liegt.

Und die Moral von der Geschicht:
Kollegen, das ist wichtig.
Glaubt diesen Volksbetrügern nicht.
Verjagt sie! Das ist richtig!

Denn erst wenn wir die Herrn im Land,
Wenn uns die Welt gehört,
ist Ausbeutung und Krieg gebannt,
Dann wird der Friede nicht gestört!“

9. DGB-Kongress: Verbotsdrohung gegen Marxisten- Leninisten

Wie schon auf dem IGM-Gewerkschaftstag im Oktober 71 forderte jetzt der 9. DGB-Kongress wieder das Verbot marxistisch-leninistischer Organisationen. Artikel 69: „Wir fordern das Verbot extremistischer Parteien und Gruppierungen.“

Gegen wen sich das richtet, ist klar. Nicht gegen die sogenannten „Rechtsradikalen“, die offenen Faschisten. Was hat denn der DGB schon jemals gegen die Nazi's unternommen, außer ein paar Papierresolutionen zu verabschieden? Wie es die gekauften Bonzen mit den Nazi's halten, wenn es drauf ankommt, hat schon Wels 1933 gesagt: Wenn schon, dann mit uns! Gegen wen sich der Verbotsantrag an die Regierung richtet, ist klar: Gegen die Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft, die den Bonzen die Hölle heiß machen. Damit sind natürlich nicht die

„Kommunisten“ in der DKP-Führung gemeint, denn die gehören ‚häufig zu unserern besten gewerkschaftlichen Funktionären‘, wie Lorenz auf dem IGM-Tag schon sagte. Gemeint sind diejenigen, die jetzt bereits mit Ausschluß aus der Gewerkschaft bedroht werden, die marxistisch-leninistischen und die konsequent revolutionären Kollegen. Dazu gehören auch viele DKP-Mitglieder, die die Anbiederungsversuche ihrer Führer an die Gewerkschaftsbözen nicht mitmachen. Keine Rede war auf dem DGB-Kongress von der Aufhebung des KPD-Verbots. Das würde auch gar nicht zu diesen „Demokraten“ passen! Die Anwendung des noch gültigen KPD-Verbots auf die KPD/ML wird sicher kommen. Aber Kommunisten sind in dieser Gesellschaft grundsätzlich illegal. Die KPD/ML wird weiter vorwärtsmaschieren.

Kopfsprung in den revisionistischen Sumpf

Führer der Gruppe "Rote Fahne" Bochum (KJVD) - Wasserträger der DKP/SEW

Bericht von Parteigenossen aus dem Ruhrgebiet:

Am Samstag, dem 24. Juni 1972, fand in einem Bochumer Bergarbeiterviertel (Bochum-Hoordel) eine Demonstration statt gegen die neuen Notstandsgesetze (Vorbeugehaft, Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutzgesetz und Verordnung zur Olympischen Friedhofsruhe). An der Demonstration nahmen auch eine Reihe Genossen der KPD/ML teil, ein Trupp Rotgardisten und Genossen des KSB/ML.

Während der Aufstellung zur Demonstration passierte folgendes Theaterstück: Einige Genossen

der Gruppe 'Rote Fahne' Bochum (GRFB) wurden von einem Führer **gezwungen**, ein Transparent mit der Aufschrift: "Für Sozialismus und Frieden. — Es lebe die Diktatur des Proletariats!" **wieder einzurollen und aus dem Demonstrationszug zu entfernen!** Mit der Begründung, der zweite Satz — 'Es lebe die Diktatur des Proletariats' — sei "Jetzt sektiererisch".

Haben wir dieses Argument nicht schon öfters gehört — von D"K"P"-Führern?

Die Vorgeschichte:

Einige Tage vor der Demonstration rief die GRFB zu einer gemeinsamen Demonstration auf unter den Parolen: "Schlagt Genscher, Barzel, Strauß und Brandt den Notstandsknüppel aus der Hand" sowie "Weg mit der Wiedereinführung der Vorbeugehaft, weg mit dem Bundesgrenzschutz" usw. Die Genossen unserer Partei diskutierten den Vorschlag, legten unsere Linie fest und schickten einen Genossen zur GRFB, um eine Vorbesprechung für eine gemeinsame Demonstration zu führen. Dort sagte er: "Es ist richtig, zum Kampf ge-

Wir werden den ROTEN MORGEN vertreiben, weil darin das revolutionäre Ziel klar gewiesen wird."

Darauf antwortete der verantwortliche Genosse der GRFB: Diese Losung verhindert, daß andere demokratische Organisationen an der Demonstration teilnehmen. Deshalb habe sich seine Organisation entschlossen, solche Losungen und Parolen für die Diktatur des Proletariats nicht zu tragen. Außerdem habe ein unabhängiges Lehrlingskollektiv den Wunsch geäußert, daß neben dem

Nummer des RM und der Sondernummer: "Es lebe der Kommunismus" am Aufstellungsplatz.

Natürlich jammerte kein einziger von den ganzen Genossen der GRFB (KJVD) über unsere "sektierische" Parole, auch niemand von den anderen Gruppen. Nur zwei SDAJ-Häuptlinge, die aus sicherer Entfernung zuschauten, kicherten. Einige KJVD-Genossen brachten ein Transparent mit der Aufschrift:

Für Sozialismus und Frieden! Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Als gerade eine verantwortliche Genossin der GRFB vorbeikam, sagten wir zu ihr: "Seid ihr also doch auch der Meinung, daß man so eine Parole tragen soll!"

Aber sie antwortete nervös: "Den zweiten Satz mit der Diktatur ha-

ben wir leider nicht mehr abgekriegt. Die Buchstaben kleben zu fest auf dem (roten) Tuch!"

Da aber kam plötzlich ein Führer der GRFB zu den KJVD-Genossen angesaut. "Das Transparent muß eingerollt werden!" "Was?" "Wie bitte?" fragten diese. Da fing er an, ihnen die Geschichte von der "Rücksichtnahme" auf "andere Gruppen" zu erzählen.

„Da vorne ist auch eine Parole: „Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!“ rief ein Genosse. „Ja,“ erklärte der Verantwortliche, „das sind die vom ROTEN MORGEN, die halten sich ja auch nicht an Absprachen.“ —

"Schöne Absprachen sind das!" "Bring uns von den ganzen Demonstranten fünf Mann her, die nur dann mitdemonstrieren, wenn die Genossen das Transparent einrollen! Da kannst du lange su-

chen! Höchstens du und noch ein paar ZB-Führer (Zentral-Büro der GRFB) und da hinten die SDAJ-Häuptlinge!" rief eine Genossin von der ROTEN GARDE.

Warum heißt es denn im Kommunistischen Manifest: 'Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.' Hat Karl Marx das aus Spaß geschrieben? Oder als Angabe? Oder weil er ein "Sektierer" war?" sagte ein Genosse.

"Meinst du, die Bergarbeiter im Viertel haben Angst vor der Diktatur des Proletariats?" sagten die KJVD-Genossen zusammen mit den Rotgardisten.

Ausnahme oder neorevisionistische Linie?

(Hier führen die Genossen mehrere ähnliche und gleiche Beispiele der letzten Zeit auf, die wir aus Platzgründen nicht abdrucken können. Zum Schluß stellen die Genossen fest:)

In den letzten Monaten hat sich in der Praxis wiederum ganz deutlich bestätigt, was im März und

Arbeiterklasse und ihre organisierten Genossen in den Sumpf des Revisionismus zu ziehen. Nicht zuletzt die Politik der ZB-Führer ist der klare Beweis für die Tatsache, daß der Revisionismus die Hauptgefahr in der kommunistischen und Arbeiterbewegung ist.

men und Pöstchen empfangen — ihnen durch ihre schleimige Mitarbeit viel "Ruhm und Ehre" gebracht. Der größte Teil der Spalter ist aber nach wie vor in der Führung des ZB eingenistet.

Mit schrillum Geschrei hatten sie ein Jahr lang (1970/71) versucht, die revolutionäre Partei der Ar-

gen die Notstandsmaßnahmen der Bourgeoisie zu mobilisieren. Deshalb haben wir beschlossen, an der Demonstration, zu der ihr aufgerufen habt, teilzunehmen, um uns mit allen revolutionären und fortschrittlichen Kräften zusammenzuschließen, mit allen, die ehrlich gegen die Faschisierungspolitik kämpfen wollen. Mit eindeutig revisionistischen Organisationen wie der D"K"P oder trotzkistischen Organisationen können wir keine Aktionseinheit eingehen, weil die den Kampf gegen die Bourgeoisie an jedem Abschnitt sabotieren.

Wir halten die von euch vorgeschlagenen Parolen für brauchbar; nur den springenden Punkt laßt ihr in eurem Aufruf zunächst völlig unklar:

Sollen wir den Kampf gegen die Faschisierungspolitik der Bourgeoisie nach rückwärts oder nach vorwärts führen? Sollen wir für die Aufrechterhaltung der alten Zustände kämpfen, einen "demokratischen Abwehrkampf" durchführen? Sollen wir uns für einen "Sauberen Kapitalismus" einsetzen? Oder müssen wir sagen: Hier zeigt der kapitalistische Staat sein wahres Gesicht! Leisten wir entschlossenen Widerstand gegen die neuen Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie! Führen wir diesen Kampf vorwärts unter der revolutionären Losung:

**Nieder
mit dem westdeutschen
Imperialismus!**

Die Antwort ist klar. Deshalb werden wir ein Transparent mit der Losung tragen: "Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!"

Wünschen geäußert, daß neben dem Demonstrationszug keine Zeitungen verkauft werden sollen, sondern nur vorher und nachher. Das seien notwendige Zugeständnisse, damit die Einheitsfront breiter werde. Es sei sektiererisch, darauf zu bestehen, dieses Transparent zu tragen und den ROTEN MORGEN zu verbreiten.

Unser Genosse antwortete: Wir tragen doch rote Fahnen, ihr doch auch. Was bedeuten denn unsere roten Fahnen? "Demokratischer Abwehrkampf?" oder gar "schrittweise Zurückdrängung der Monopole"? Wer heute in Westdeutschland eine rote Fahne trägt, zeigt damit, daß er für den Sturz der Kapitalistenherrschaft und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpft. Das ist der Inhalt der roten Fahnen. Wenn also jemand akzeptiert, daß wir rote Fahnen tragen, aber verhindern will, daß wir das Thema dieser Fahnen unmißverständlich dazu schreiben, was ist das dann für einer? Der will den Kommunismus und sein Zeichen, die rote Fahne, von ihrem revolutionären Inhalt trennen, wie es die D"K"P täglich versucht.

Ihr macht also einen schweren revisionistischen Fehler. Niemand von allen, die ehrlich gegen die Notstandsmaßnahmen kämpfen, ob nun Kommunist oder Demokrat, verbietet uns in einer gemeinsamen Demonstration für unser revolutionäres Ziel einzutreten außer einer Handvoll Revisionisten und Reformisten. Sollen wir auf revisionistische Führer Rücksicht nehmen? Wir werden unbedingt unser Transparent tragen und den ROTEN MORGEN verbreiten.

Es zeigt sich im Kampf...

Am Samstag waren wir u.a. mit dem Transparent, der neuen

lich bestätigt, was im März und April im ROTEN MORGEN über die Führer der GRFB, ihre neorevisionistische Linie und ihre berüchtigten "zwei Etappen der Revolution" gesagt wurde. Wir müssen weiter die Anstrengungen der Führer der GRFB entlarven, die

Immer wieder schrien sich die ZB-Führer die Lungen heiß nach Bündnissen mit der speichelleckerischen D"K"P-Führung. Wer kämpft gegen die gefährlichsten Feinde in der Arbeiterbewegung und wer schaut einfach über sie hinweg? Wo ist die Rote Linie?

Diese Leute haben vor zwei Jahren die Partei gespalten. Ein kleiner Teil der für die Spaltung Hauptverantwortlichen hat inzwischen schon mehrere Spalterorganisationen durchgeklappert, und — jedesmal mit offenen Ar-

die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML, als "schwarze Linie" anzuschwärzen.

Welche Linie ist rot?

Im Ruhrgebiet haben die ZB-Spalter ihr Nest. Aber sie geraten mit ihrer Politik immer mehr in Schwierigkeiten. Immer mehr Genossen der GRFB lesen den ROTEN MORGEN. Das RM-Extrablatt "Die Mörder sitzen in Bonn" und besonders die Sondernummer "Es lebe der Kommunismus"

wurden von vielen von ihnen begeistert gelesen. Der Kampf zweier Linien in der GRFB entfaltet sich zusehends. Zwei Jahre hat eine Handvoll Spalter sich angestrengt, den Namen der KPD/ML zu beschmutzen. Es wird Zeit, dieser Krankheit ein Ende zu bereiten.

Bestellschein

Bestellungen an:

ROTER MORGEN c/o Ernst Aust,
2 Hamburg 71, Postfach 464

HIERMIT BESTELLE ICH:

AB NUMMER

Der ROTE MORGEN erscheint alle vierzehn Tage und kostet pro Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto DM 11,—. Dieser Betrag ist im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 262767 (E. Aust) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

NAME, VORNAME

BERUF

POSTLEITZAHL / ORT

STRASSE

DATUM

UNTERSCHRIFT

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

**ROTER
MORGEN**

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten



Kapitalistisches

Neuer Friedensengel

Mc Govern, der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, wird von der ganzen kapitalistischen Presse, einschließlich der revisionisten als der 'neue Mann', als der Führer 'einer neuen Linken' in den USA hochgejubelt. Angesichts der Niederlagen, die dem US-Imperialismus überall auf der Welt zugefügt werden, müssen die Imperialisten ihre Propagandamittel 'verändern', um dem amerikanischen Volk vorzugaukeln, daß eine Regierung aus 'Demokraten' besser sei als die aus 'Republikanern'. Mc Govern, der sich gern als Nachfolger Kennedy's bezeichnet, geht auf Stimmenfang. »Er sei für den bedingungslosen Abzug der Amerikaner' tönt er, fügt aber gleichzeitig hinzu, daß Truppeneinheiten in Thailand und im Golf von Tonking bleiben würden... Bezeichnenderweise wurde als Vizekandidat Jackson gewählt, der ein Vertreter der Rüstungsinteressen des Pentagons sowie der Gewerkschaften und ein Vorkämpfer Israels sei.

Das amerikanische Volk erkennt immer mehr, daß die Präsidentschaftswahlen ein großer Bluff sind, inszeniert von den Rüstungs- und Bankmonopolen, um die Empörung des amerikanischen Werktätigen über das verbrecherische imperialistische System in der USA aufzufangen.

Daß 1000 bis 3000 Fallschirmjäger der US-Armee den Nominie-

DIE HAUPTTENDENZ IN DE

Nieder mit der faschistischen Ausrottungspolitik des US-Imperialismus!

Das vietnamesische Volk legt niemals die Waffe aus der Hand!

Als die 150. Pariser Vietnamkonferenz begann, munkelte die bürgerliche Presse des Westens wie auch des Ostblocks über angeblich 'neue Bereitschaft von beiden Seiten' sich zu einigen. Die Bereitschaft der Vertreter des vietnamesischen Volkes, eine 'politische Lösung' zu erzielen, besteht schon seit langem: Die Forderungen des 7-Punkte-Planes der Provisorischen Revolutionären Regierung Südviets müssen erfüllt werden. Was aber die Revisionistischen Verräter verschweigen: die Grundlage der 'politischen friedlichen Lösung' ist der bewaffnete Kampf des vietnamesischen Volkes, ist der Sieg im Volkskrieg!

Wenn sie schon nicht siegen können, so soll Vietnam wenigstens in "die Steinzeit zurückgebombt" werden. Mit der Ausweitung der Bombardierungen auf Gebiete der DRV vor zwei Monaten bekennen sich Nixons Generale nun offiziell zur "Politik der verbrannten Erde". Ganz Nordvietnam wurde zur freien Feuerzone er-

Indochina ist für die Imperialisten zu einem riesigen Experimentierfeld geworden. Neue Waffensysteme und Vernichtungsmittel werden auf ihren 'Einsatz' hin erprobt. Giftgas und Napalm, Spezialbomben, die in tausende kleine Geschosse zerplatzen, mit Laserstrahlen gesteuerte Bomben... 3 Millionen Tonnen wur-

Krise Zurückhaltung wahren und Schritte unternehmen, um einen direkten Konflikt zu verhüten.."

Kaum war die Tinte unter den Moskauer Vereinbarungen trocken, brachen Nixon und Breschnew's Friedenstauben zu einer Goodwilltour auf, um die Regierungen verschiedener Länder zu zwingen, ihr geplantes Komplott mitzumachen. Es soll eine zweite Indochinakonferenz einberufen werden unter Einschluß der amerikanischen Marionettenregierungen in Indochina. Jetzt wird auch deutlich, warum die Kremlzaren bis heute nicht ihre diplomatischen

Beziehungen zur US-Marionette in Pnom Penh, der Lon-Nol-Clique, abgebrochen haben.

Diese Indochinakonferenz soll die Sicherung des Status quo (der jetzt bestehenden Kräfteverhältnisse) bringen und die Spaltung der Völker in zwei Teile verewigen.

Die nationalen Befreiungsstreitkräfte in Vietnam, Laos und Kambodscha und auch in Thailand und Burma werden ein solches Komplott vereiteln. Sie haben ein großes und starkes Hinterland: die Volksrepublik China. Die Völker Indochinas wer-

Hoch die internat

rungskongress der 'demokratischen Partei' schützen mußten, zeigt nur die Angst der herrschenden Klasse in den USA vor dem erwachenden amerikanischen Volk. Beim letzten Kongreß richtete die Nationalgarde und Polizei ein Blutbad an über 100 Verletzte und Schwerverletzte. Das vielgepriesene 'parlamentarische System' kann sich nur auf Bajonette und Gewehre auf Gewalt und Ausbeutung stützen.



Sklavenhandel

Ein britischer Geschäftsmann verdient mit der Vermittlung englischer Lehrer an deutsche Kultusministerien Millionenbeträge. Die Firma 'Center for british Teacher' hat schon mehr als 200 englische Lehrer nach Nordrheinwestfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Mit den Behörden in Nordrhein-Westfalen hat der Geschäftsmann einen Exklusivvertrag abgeschlossen, der 'die britischen Lehrer zu seinen eigenen Angestellten macht'. Dadurch haben die britischen Lehrer keine Möglichkeit gegen 'ihren Arbeitgeber' zu klagen, da sie sonst fristlos entlassen werden können. Für jede Vermittlung erhält der Geschäftsmann 10% des Jahresgehaltes vom Staat als Vermittlungsgebühr. Außerdem streicht dieser Blutsauger 5% vom Monatsgehalt des Lehrers für 'Unkosten' ein.

klärt, Krankenhäuser, Wohnsiedlungen und Fabriken fallen in Schutt und Asche. Deichbauten werden zerstört, um zehntausende Vietnamesen dem Tod durch das Hochwasser oder die Hungersnot auszusetzen. Die Wirkung dieser faschistischen Ausrottungspolitik entspricht dem Einsatz von taktischen Atomwaffen. Der Terror im 2. Weltkrieg ist schon nicht mehr zu vergleichen mit dem Terrorkrieg gegen das vietnamesische Volk. Nixons Kriegsgenerale sprechen heute offen die gleiche Sprache wie ein Goebbels und Göring: "Wir werden eine militärische Niederlage Südvietnams mit allen Mitteln verhindern. Wenn Hanoi seine Offensive nicht stoppt, gibt es ein Blutbad." ...oder... "Wir müssen sie bluten und ausbluten lassen, daß sie Jahrzehnte und Jahrzehnte hinaus genug haben" ...und... "Daß sie sich nicht so schnell reproduzieren können (d.h. Kinder bekommen können), wie sie abgeschossen werden." (US-General Westmoreland)!

In Vietnam wird unter den Augen der Weltöffentlichkeit seit Jahren Völkermord getrieben, offener als unter den abgeschirmten Gaskammern unter Hitler.

Erpresserpolitik der Supermächte

Im ROTEN MORGEN Nr. 13 haben wir gezeigt, welch lange Geschichte die Kollaboration (Zusammenarbeit) des USA- und des sowjetischen Sozialimperialismus hat. **Auch wenn jeder von ihnen sein eignes Machtinteresse in Vietnam vertritt — in einem Punkt sind sie immer einig: Wenn es darum geht die Flamme des Befreiungskampfes der Völker gegen die imperialistischen Großmächte zu ersticken.** Das hat auch der Besuch Nixons in Moskau gezeigt.

"Wir sind für eine grundlegende Wende zur Entspannung auf allen Kontinenten des Erdballs, für die Befreiung der Völker von der schweren Bürde der Rüstungen für eine friedliche politische Regelung der Probleme durch Verhandlungen un-

den seit Nixons Amtsantritt abgeworfen, mehr als 2,2 mal so viel, wie die USA im 2. Weltkrieg auf ganz Europa abgeworfen hatte.

Mit dem Ausrottungsfeldzug wollen die US-Imperialisten ein Exempel statuieren. Länder wie Laos, Kambodscha und Thailand sollen es nicht wagen, ihren Widerstand gegen den US-Imperialismus und seine einheimischen Marionetten zu verzeihen. Auch wenn der US-Imperialismus aus Vietnam sich zurückziehen muß, will er von den angrenzenden Ländern aus den Krieg fortsetzen. Nicht zufällig sind in den Nachbarländern Vietnams jetzt bereits die meisten Bomberflotten, Kriegsschiffe und Nachschubdepots. Seit Beginn der Offensive der vietnamesischen Befreiungstreitkräfte wurden 50 000 US-Soldaten in die angrenzenden Ländern eingeflogen!

Zurecht erklärt daher die provisorische revolutionäre Regierung Südvietnams, daß in Vietnam erst dann Frieden herrschen könne, wenn der letzte US-Soldat asiatischen Boden verlassen hat.

ter Berücksichtigung der Wünsche und des Willens der Völker" (Staatspräsident Podgorny beim Essen im Kremlpalast). "Die Wünsche der Völker" werden also durch diese Pseudokommunisten "berücksichtigt"! Vom gerechten Kampf gegen den Imperialismus, der rückhaltlosen Unterstützung des Volkskriegs wie es die VR China tut, ist keine Rede.

Völkermörder Nixon prostet Podgorny mit Champagner zu und haut in die gleiche Kerbe: "Die Großmächte müssen ihren Einfluß auf andere Länder, die einen Konflikt oder eine Krise durchleben, dahingehend geltend machen, diese Länder zur Zurückhaltung zu veranlassen." und "sie müssen in jeder

noch die internationalen Klassenkampf im



Samstag, den 8. Juli 72. Hundert Meter Stacheldrahtverhau um das Amerikahaus in Westberlin. Pferdestaffeln, Polizeihunde, ein Dutzend Mannschaftswagen der Neubauergarde und Einsatzleiter der US-Polizei.

Auch in Westberlin zeigt sich, wie sehr die USA-Imperialisten und ihre Kumpane von den Völkern der Welt in jedem Land eingekreist und angegriffen werden.

Über 5000 Menschen demonstrierten an diesem Tag ihre Bereitschaft, dem Imperialismus den bedingungslosen Kampf anzusagen. Der Zug, der sich durch das Arbeiterviertel Moabit bis zur City bewegte, trug Parolen wie: "Sieg im Volksrieg"

"Amis raus aus Vietnam! Sofort! Ohne Bedingung!"

"Nieder mit dem US-Imperialismus"
"Nieder mit dem sowjetischen Imperialismus"

"Nieder mit dem Komplott der Supermächte gegen den Freiheitskampf der Völker!"

Als einzige Organisation beteiligte sich der Landesverband Westberlin der KPD/ML als kommunistischer Block an diesem Zug. Die "KPD" (AO) hatte sich wieder hinter einer anonymen antiimperialistischen Organisation versteckt. Die Reaktion vieler Arbeiter am Straßenrand zeigte, wie richtig es ist, klar zu sagen: im antiimperialistischen Kampf muß die Arbeiterklasse die Führung innehaben. Im antiimperialistischen Kampf muß die kommunistische Partei sich klar zu ihrem Programm bekennen und die Unterstützung für die vietnamesischen Klassenbrüder verbinden mit dem Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Land. Darum war es vollkommen richtig, als die Genossen der KPD/ML riefen:

"Amis raus aus Westberlin"

"Ausländische Besatzer raus aus ganz Deutschland"

WELT IST REVOLUTION!

den nicht ablassen, dem Imperialismus Schlag auf Schlag zu versetzen. Das vietnamesische Volk und die Völker der ganzen Welt stehen fest hinter den einzig richtigen For-

derungen der provisorischen revolutionären Regierung Südvietnams: **Anerkennung des 7-Punkte-Plans!** Auch das deutsche Volk fordert entschlossen:

AMIS RAUS AUS VIETNAM!

SOFORT, OHNE JEDE BEDINGUNG!

SIEG IM VOLKSKRIEG!



Britische Besatzer raus aus Nordirland!

IRLAND SIEGT IM VOLKSKRIEG!

Der britische Imperialismus zeigte seine ganze Schwäche: Der militärische Stabschef der IRA Mac Stiofain, der politische Leiter O'Connell und 4 weitere Führer der irischen Patrioten wurden von der britischen Armee nach London geflogen, obwohl alle seit Jahren steckbrieflich gesucht werden. Der britische Besatzerminister kann sein Terrorregime in Nordirland nicht mehr lange halten. Er muß verhandeln.

Das hindert die britischen Besatzer natürlich nicht, weiterhin ein Schiff nach dem andern mit britischen Soldaten in Nordirland zu landen. Sie sollen jetzt vor allem die faschistischen, konterrevolutionären Banden des 'Ulster-Verteidigungsbundes' schützen, die daran gehen sollen, mit faschistischem Terror die unterdrückte Bevölkerung niederzuhalten. Am Orangeday versuchten 40000 irische Bourgeois und verhetzte Kleinbürger die Entscheidungs-

Daran werden auch diejenigen nichts ändern, die überall zum Löschen antreten, wo es für die Bourgeoisie brenzlich wird: die modernen Revisionisten. In unverschämter Offenheit schreibt das Blatt der SEW-Revisionisten am 14. Juli: "Der Bürgerkrieg in Nordirland muß unbedingt verhindert werden!"

Revisionistisches

Revisionisten als Sklavenhändler

Immer mehr revisionistische Führungseliquen der osteuropäischen Länder wie in Polen, Ungarn und Rumänien gehen dazu über, ganze Arbeitskolonnen an die westlichen Kapitalisten zu verkaufen. So errichtet die polnische Baufirma Budimex in Lüneburg ein großen Gebäudekomplex. Die polnischen Arbeiter leben in KZ-ähnlichen Arbeitslagern. Der Lohn wird ihnen in polnischer Währung ausgezahlt, während die Revisionisten die harten Devisen einstecken.

Kranksein und Arbeitsunfähigkeit darf es unter den polnischen Arbeitern nicht geben. „Die Polen kennen kein Krankspielen (!), selbst mit gebrochenem Arm sind sie nicht krank sondern werden zu anderen Arbeiten herangezogen. Bei Grippe oder Fieber erhalten sie von ihrem polnischen Arzt eine Spritze und machen weiter. Unfälle gab es keine...“ (Kommentar des Gewerkschaftsführers Bosse von der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden) und ortsansässige DKP-Führer jubeln diese Verschacherung der polnischen Arbeiter an die westdeutschen Kapitalisten als praktisches Beispiel für die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk hoch. Damit zeigen sie ganz offen ihre konterrevolutionäre Rolle, die sie in der Arbeiterbewegung

Die Solidarität! im eigenen Land!

Jeder muß wissen: der größte Beitrag für den Befreiungskampf der Völker sind die Schläge, die der Imperialismus im eigenen Land erhält.

Diese Schläge werden von Tag zu Tag gezielter und härter geführt. Dafür kämpft die KPD/ML!

Ortsgruppe München der KPD/ML

Unterstützung des vietnamesischen Volkes bedeutet Kampf!

- gegen die revisionistischen Angriffe
- gegen den Terror von Polizei und Justiz

Am 4. Juli fand in München eine Demonstration von mehr als 1200 Menschen statt. Sie forderten: "Amis aus Vietnam". Diese Demonstration war die größte in München seit langem. Sie war auch sehr lehrreich für den weiteren Kampf im Zeichen des proletarischen Internationalismus. Sie hat die Genossen in München vorbereitet auf die kommenden Ereignisse, die die Olympische Friedhofsruhe zunichte machen werden!

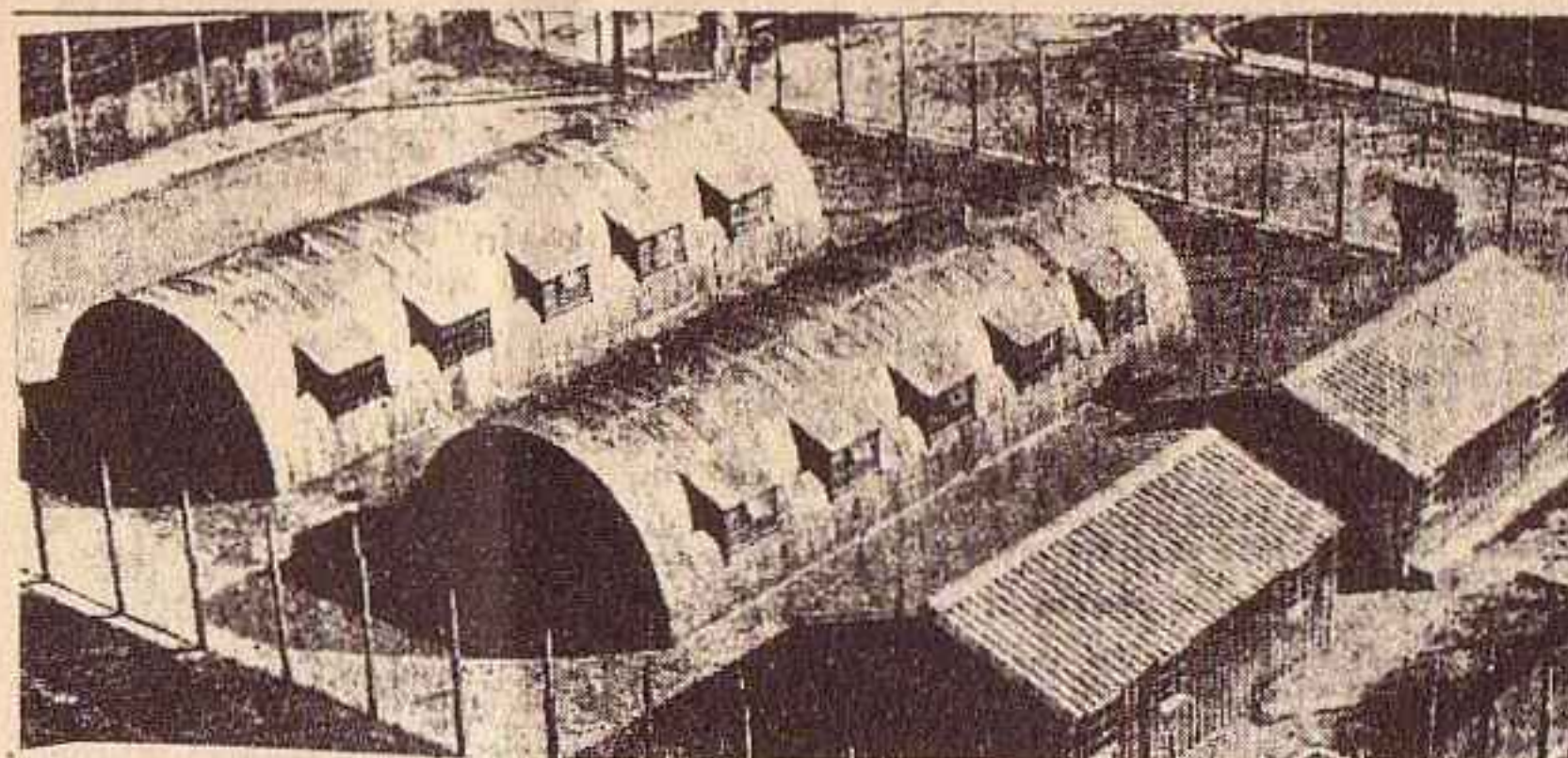
Für Vietnamdemonstration vom 4. Juli verteilten die ABG's (Arbeiter-AG-Gruppen) Flugblätter, die sich nichts von Flugblättern der DKP unterscheiden. Die Neorevisionisten versuchten die Massen darüber zu täuschen, daß die Kremlzaren zusammen mit dem US-Imperialismus versuchen, dem vietnamesischen Volk einen 'Verhandlungsfrieden' zu diktieren. Die ABG-Führer verloren kein Wort darüber, daß nur, wer die Waffe in der Hand hält und dem Feind den Stiefel ins Genick setzt, um wirklichen Frieden verhandeln kann.

So wie die Neorevisionisten im 'Kampf' gegen die zunehmende Faschisierung aus 'Rücksicht auf demokratische Kräfte' sozialistische Parolen herunterreißen, so wollten sie auch bei dieser Vietnamdemonstration nichts von sozialistischen Parolen wissen: "Vietnam kämpft doch gar nicht für Sozialismus", logen sie unverschämt!

Diese Agenten innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung wagten natürlich nicht, die KPD/ML zur Vorbereitung der Demonstration einzuladen.

Aber die Münchner Genossen kamen dennoch. Sie beherzigten die Parole der Partei: Wo die Massen sind, kämpfen um die revolutionäre Führung der Massen! Die ABG-Häuptlinge griffen jedoch die Genossen mit Bierflaschen und wüsten Beschimpfungen an. Es zeigte sich jetzt, was hinter der ständigen Rede der ABG-Führung nach einer 'möglichst breiten Mobilisierung' wirklich steckt!

schlacht mit der IRA zu provozieren. Aber auch für den irischen Freiheitskampf gilt: Im lang andauernden Volkskrieg kann jeder Feind besiegt werden!



Verzweifelter Terror des britischen Imperialismus gegen das irische Volk: Das Konzentrationslager Long Kesh.

Es lebe der bewaffnete Freiheitskampf
des irischen Volkes!

Britische Besatzer raus aus Nordirland!
Ausländische Truppen raus aus fremden
Ländern!

Die Revolutionäre Linie im antiimperialistischen Kampf durchsetzen!

Auf der Demonstration nahmen die Angriffe der Neorevisionisten zu. Das lag daran, weil die Massen die konsequent revolutionären Parolen der Partei begrüßten und das "Friedens"gejammer der ABG-Führer verachteten. Die ABG-Führer versuchten den Demonstrationsblock der KPD/ML vom übrigen Zug abzuschneiden, die Transparente herunterzureißen und zwei Strohfiguren zu zerstören, die Nixon und Brezhnev darstellten. Als die Genossen auf der Schlußkundgebung die beiden Strohfiguren verbrannten, rief ein ABG-ler tatsächlich: "Ich dachte, wir machen hier eine Vietnamdemonstration und keinen Fasching".

Der revolutionäre Sieg des irischen Volkes wird auch durch den bedingungslosen Kampf gegen die revisionistischen Abwiegler in den eigenen Reihen erkämpft!

Ein Genosse der KPD/ML hielt eine flammende Rede gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus. Dem leeren "Friedens"gesäusel der ABG-Revisionisten stellte er entgegen, was wirkliche Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker bedeutet: Die Massen im eigenen Land unter den richtigen Parolen zusammenschließen, den Kampf zur Unterstützung der weltweiten Befreiungsbewegungen verbinden mit dem Kampf gegen den Imperialismus im eigenen Land.

Fortsetzung nächste Seite

die sie in der Arbeiterbewegung spielen: der Bourgeoisie zu helfen, im Sattel zu bleiben, die Arbeiter noch länger an diese Ausbeuterordnung zu ketten. Diesen revisionistischen Führern die Faust in die heuchlerische Fratze!

Neue Koloniale Herren

Die Sowjetrevisionisten wiegeln in der Nah-Ost-Frage nicht nur um ihr Komplott mit dem US-Imperialismus nicht zu gefährden, alle revolutionären Aktionen gegen den US-Imperialismus ab, sondern treten überall als neue koloniale Herren auf. So geschehen in Ägypten.

Es häufen sich die Unfreundlichkeiten und Unflätigkeiten gegen die ägyptische Bevölkerung, täglich gibt es Reibereien und Streit. Jüngst erregte eine Goldschmuggellaffäre die Gemüter, als sich im Gepäck ausreisender sowjetischer Experten große Mengen Goldschmuck fanden. Die sowjetischen Revisionisten spielen sich derart auf, daß sie keinem Ägypter den Zutritt zu „ihren“ Flugplätzen gestatteten: selbst der ägyptische Generalstabschef mußte umkehren.

Kaum verhüllt schreibt die 'Al Ahram', daß der SU weder mit einem arabischen Sieg noch mit einer arabischen Niederlage so gut gedient sei wie mit dem gegenwärtigen Zustand von „weder Krieg noch Frieden“. Die gegenwärtige Lage mache sie zu notwendigen „Partnern“ Ägyptens, ein arabischer Sieg hingegen lasse sie für Ägypten leicht überflüssig werden, eine Niederlage müsse ihre Stellung weiterhin erschüttern.

So treten die sowjetischen Revisionisten statt als Verbündete gegen die israelischen Imperialisten als neue koloniale Herren auf, die sich daran machen, das politische, militärische und ökonomische Leben Ägyptens zu beherrschen.

Demokratischer Kampf und revisionistische Losungen

Wie gegen den Militarismus kämpfen?

In ihrem jahrzehntelangen Kampf hat die deutsche Arbeiterklasse Streikrecht, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit usw. erkämpft und muß für ihre Erhaltung ständig weiterkämpfen. Diese bescheidenen 'Rechte' im Kapitalismus können immer nur als gute Ausgangsbasis für den Kampf um den Sozialismus gesehen werden. Wir kämpfen für die Reformen, aber nicht für irgendwelche. Wir kämpfen z.B. nicht für Reformen, die die Bourgeoisie den Massen als 'Fortschritt' unterjubeln will, die in Wirklichkeit aber nur Augenwischerei sind. (z.B. Verstaatlichungen, die um kein Jota die Lage der Arbeiterklasse verbessern, dafür aber den Kapitalisten zusätzliche Profite bringen). Wir kämpfen für Reformen, die die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse wirklich verbessern.

Wie sieht nun der demokratische Kampf gegen den Militarismus heute aus? Im "Kampf der Arbeiterjugend 6/72" schreibt der KJVD (Jugendorganisation der Gruppe 'Rote Fahne' Bochum) sehr richtig, welche Illusionen die neuen Militarisierungsgesetze Bonns bei den Werktätigen auslösen: "... Denn alle die, die sich bisher wegen ihres Hasses auf den Barras vor dem Dienst zu drücken versuchten, alle die, die glaubten, Kriegsdienstverweigerung könne einen 'Friedensdienst' ermöglichen, alle die, die in der Armee nur vereinzelt Widerstand leisteten, müssen jetzt erkennen: Gegen die militaristische Politik Bonns hilft nur eines: Entschlossener Kampf gegen den Militarismus. Denn: **Entgehen kann keiner dem Militarismus.** Kämpfen wir aber zusammen und organisiert in Armee, Betrieb und Schule zur Zersetzung des gesamten Kriegs- und Notstandsapparats, dann können und werden wir den Militarismus mitsamt dem Bonner Staat beseitigen."

Sehr gut, sehr richtig. Aber leider heißt der nächste Satz: "Bonns Maßnahmen zur Einführung der allgemeinen Dienstpflicht wird deshalb der breiteste Widerstand gelten." Und es folgen die Parolen: 'Weg mit den Plänen zur allgemeinen Dienstpflicht!' 'Herabsetzung der Wehrdienstzeit!' 'Keine Erhöhung der Rekrutenzahlen!' 'Hände weg vom Recht auf Kriegsdienstverweigerung!' Für diese Parolen soll man kämpfen? Soll die Arbeiterklasse sich angesichts der rapiden Militarisierung entwaffnen lassen? Die Arbeiterklasse muß das Waffenhandwerk erlernen! Wer kann denn von der proletarischen Revolution reden, ohne sich zu überlegen, wie im entscheidenden Moment die konterrevolutionären Truppen, Polizei und Grenzschutz entwaffnet werden sollen!!

Mit der bloßen Faust? Mit dem Generalstreik?

Soll die Arbeiterklasse für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung kämpfen, wenn die Genossen vom KJVD selbst sagen, daß niemand um den Militarismus mehr herumkommt. Der KJVD schreibt richtig, daß die Kriegsdienstverweigerung nach dem neuen Gesetz zum Arbeitsdienst, zur paramilitärischen Ausbildung gemacht wird. Das kann auch bei imperialistischen Kriegsvorbereitungen nicht anders sein. Und da sollen Arbeiterjugendliche Rasen mähen und Nachttöpfe in Krankenhäusern leeren?

Die Parolen des KJVD entlarven sich als revisionistische Parolen. Sie liegen auf der Linie der D"K"P, die '15 % weniger Rüstungshaushalt' fordert. Lenin sagte zu solchen reformistischen Forderungen: "Solange es auf der Welt Unterdrückte und Ausgebeutete gibt, müssen wir nicht die Abrüstung, sondern die allgemeine Volksbewaffnung anstreben."

Welche Losungen für den demokratischen Kampf gegen den Militarismus sind richtig?

Freiheit der Versammlung aller Soldaten. Rechte der Soldaten, sich zu organisieren, sich politisch zu betätigen. Mehr Lohn und mehr Freizeit, damit sich die Soldaten politisch weiterbilden können, vor allem in der Vorhutorganisation der Jugend: der ROTEN GARDE. Kampf gegen schikanöse Behandlung und faschistischen Drill, usw.

Und gegen die 23 Milliarden Rüstungshaushalt, gegen Panzer und Bombengeschwader hilft nur eines: Sich darauf vorzubereiten, im richtigen Augenblick die Gewehre umzudrehen!

Unterstützung des vietnamesischen Volkes bedeutet Kampf!

Fortsetzung von Seite 7

"Die Völker der Welt stürmen voran
im Kampf für Sozialismus
hier und in Vietnam!
Sieg im Volkskrieg!
Klassenkampf im eigenen Land!
Nur der Griff der Massen zu Gewehr
schafft den Sozialismus her!"

Rechtsanwalt durfte erst nach 1 1/2 Stunden benachrichtigt werden. Den meisten wurde nicht einmal der Grund mitgeteilt, warum sie festgenommen wurden. Illegale Gegenüberstellungen, unerlaubte erkennungsdienstliche Behandlung, Drohungen und Beschimpfungen, pausenloses Photographieren — alle bekannten Tricks wurden angewendet, mit denen sich die Polizei 'Beweise' verschafft. Die Genossen und Freunde verhielten sich vorbildlich und zeigten ihren ganzen Haß und ihre Verachtung.

In München gehen also die Kommunistenprozesse weiter! 6 Genossen und Sympathisanten der KPD/ML erwartet jetzt eine Anklage wegen

— Landfriedensbruch
— versuchter Gefangenenerfreierung
— Körperverletzung
— Tragen nationalsozialistischer Symbole (auf der Nixonpuppe waren Hakenkreuze angebracht)
— Störung einer angemeldeten Kundgebung

Olympische Friedhofsruhe in Notstandsstadt München?

**Den Frieden sichert nur
die proletarische Diktatur!**

Revisionismus und Faschismus — Hand in Hand

Die ABG-Revisionisten gingen noch weiter. Einer der ABG-Häuptlinge, der, wenn er gerade nicht "Kommunist" ist, dem deutschen Fernsehen Drehbücher liefert, die die Polizei verherrlichen ("Isar 12") forderte über Megaphon seine Kollegen von der Polizei auf: "Das ist die KPD/ML. Die ist gar nicht eingeladen. Unternehmen sie etwas dagegen!"

Während der Kundgebung mauschelte der ABG-Fernsehinspektor bereits mit der politischen Polizei: "Der hat das gemacht, der hat das gemacht, der hat einen von unseren Leuten verprügelt..."

(Übrigens waren wieder die zwei Arbeiterverräter dabei, die der Polizeiaгент Hugo Lanz im Münchner Kommunistenprozess gedungen hatte, um gegen die Partei auszusagen)

Nach der Demonstration diskutierten unsere Genossen mit Sympathisanten in einer Kneipe. Gegen 9 Uhr wollten zwei Sympathisanten nach Hause gehen. Vor der Tür wurden sie von einem Schlägertrupp der Polizei überfallen, zum Streifenwagen gezerrt, wobei einer der beiden zu Boden geschlagen wurde. Sofort stürmten die Genossen heraus. Jetzt kamen die Bullen von allen Seiten,

eine Straßenschlacht begann. Mit Handschellen, Knütteln und Totschlägern schlugen die Bullen zu. Ein Genosse erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Einem anderen wurde das Nasenbein gebrochen, einem anderen wurde die Haut unter dem Auge mit einer Handschelle aufgeschlagen. In wenigen Minuten war der Platz von Mannschaftswagen abgeriegelt. 6 Genossen und Freunde wurden zu Boden geschlagen und fortgezerrt.

Nach einer halben Stunde Kampf zogen wir uns in die Kneipe zurück, belagert von Popo's (politische Polizei), die gerne noch weitergeschlagen hätten.

Ein Genosse lag blutig und mit einer schweren Gehirnerschütterung auf einer Bank. Wir brauchten dringend einen Krankenwagen. Auf dem Transport zum Krankenhaus wurden dem Genossen selbst die notdürftigste Hilfe verweigert. Der Arzt durfte nicht an die Krankenbahre. Dagegen versuchte ein Popo den Bewußtlosen mit aller Gewalt zu verhören. Nachts um 11 Uhr wurde dieser Genosse, der noch nicht wieder bei klarem Bewußtsein war, aus dem Krankenhaus entlassen und buchstäblich auf die Straße geworfen.

Der Kampf gegen Polizeiterror und Klassenjustiz geht weiter!

Die Bullen zeigten weiter, wie sie die Olympische Friedhofsruhe vorbereiten. Die Bourgeoisie zeigte, welche Angst sie davor hat, daß der antiimperialistische Kampf revolutionär geführt wird.

Die 6 verhafteten Genossen und Sympathisanten wurden zum Polizeipräsidium gebracht und dort die ganze Nacht verhört. Ein Genosse mußte mit gebrochenem Nasenbein 2 Stunden auf einen Notarzt warten. Der

In der gleichen Nacht, an dem der Polizeiterror gegen die Münchner Genossen wütete, wurde von den Mordkommandos der Polizei ein 22-Jähriger Arbeiter erschossen, weil er bei Rot über eine Ampel fuhr. Die Olympia-Stadt München ist ein berüchtigter Ort: die Polizei schießt hier besonders schnell. Die Klassenjustiz ist hier besonders braun und hat unzählige Terrorurteile auf dem Gewissen. Die Stadt des Olympischen "Friedens" ist eine der größten Waffenschmieden des BRD-Imperialismus.

KRIEGSPRODUKTION AUF VOLLEN TOUREN...

Fortsetzung von Seite 1

Milliarde um Milliarde werden den Konzernen die geraubten Lohngrößen in den Rachen geworfen. Ob Bestechungen, Schiebung, dunkle Transaktionen, ob ganz offen über Börse und Banken, der Rüstungsrubel rollt. Da werden 2,5 Milliarden Mark für den Panzer HS 30 eingestrichen, bevor das erste — unbrauchbare — Modell herauskommt. Da werden einfach 150 000 Gewehre beim Verteidigungsministerium als "verschwunden" registriert. Da rollen bis Ende 71 allein 73 Milliarden in die Taschen der Konzernherren, nicht mitgerechnet die Aber-Milliarden der Zulieferungsindustrie.

Es sind nicht einfach ein paar 'kalte Krieger des militärisch-industriellen Komplexes' wie es die D"K"P darstellt. Es ist die gesamte westdeutsche Kapitalistenklasse, die an der wahnwitzigen Aufrüstung verdient. Namen wie Flick, Krupp und Quandt sind in Dutzenden Aktiengesellschaften und Großbanken vertreten. Und was sie interessiert, sind nicht nur die Dividenden von heute — sondern vor allem auch die Superprofite von morgen: durch die Errichtung der BRD-Vorherrschaft in Europa, durch die Eroberung und Ausplünderung fremder Länder!

Aber die Stadt München besitzt auch eine starke, kampfbewußte Arbeiterschaft. Und in München existiert eine starke revolutionäre Führung in der Ortsgruppe der KPD/ML. 700 Zellen ließ der Polizeipräsident vorsorglich für die Olympischen

Spiele im Gefängnis freimachen. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der letzten Zeit haben aber gezeigt: **Der Kommunismus läßt sich nicht hinter Gitter sperren!**

Es lebe der proletarische Internationalismus! Nieder mit dem Demonstrationsverbot in München!

Kampf dem BRD-Militarismus! Es lebe der proletarische Internationalismus!

Korvetten aus Kiel nach Portugal. Do-27 aus Friedrichshafen im Einsatz gegen die Befreiungsbewegungen in Mozambique und Angola. Deutsche Waffen in den Händen der Faschisten in Israel, Türkei und

Griechenland, Südamerika und Indien. Heute sind es noch Soldaten anderer Länder, die mit deutschen Waffen morden. Wird sie morgen der deutsche Soldat selbst bedienen?!

Heute wie 1936— deutsche Waffen für die Konterrevolution

1936 fiel in Spanien der deutsche Arbeiterführer und Kommunist Hans Beimler durch eine Kugel aus einem deutschen Gewehr. Er war Schlosser in der Waffenschmiede Krauss-Maffei, München, gewesen. Er war von den Nazi's in den Folterkeller gezerrt worden, weil er unermüdlich die Arbeiterklasse zum Kampf gegen Faschismus und Krieg aufgerufen hatte. Hans Beimler konnte aus dem Kerker fliehen. Er schlug sich durch bis Spanien und kämpfte in den Reihen der internationalen Brigaden gegen die Francofaschisten, die mit den Waffen von

Krauss-Maffei, München, ausgerüstet waren. Hans Beimler fiel für die Freiheit des spanischen Volkes. Die Heldentaten der deutschen Arbeiterklasse im Geiste des proletarischen Internationalismus sind unvergessen.

Heute sehen die Völker Europas nicht nur, daß Krauss-Maffei, München, wieder den Stand der 'alten Produktion' erreicht und der deutsche Imperialismus wieder zur Großmacht strebt. Heute erinnern sich die Völker Europas auch sehr wohl an Hans Beimler und die tausende deutschen Arbeiter, die entschlossen riefen:

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Hans Beimler! Ernst Thälmann! Den besten Söhnen der deutschen Arbeiterklasse schwört die KPD/ML: Ein drittes mal wird es den Monopolherren nicht gelingen, das Volk an ihren Aggressionskarren zu spannen! Diesmal wird die Revolution den imperialistischen Krieg verhindern!

Roter Morgen

r. 1 1. Jahrgang Juli 1967

Zeitschrift
der KPD
Marxisten-
Leninisten

Erklärung der Marxisten-Leninisten der Kommunistischen Partei Deutschlands

angesichts des 50. Jahres der großen Sozialistischen Oktoberrevolution, angesichts der ruhmreichen Verdienste Lenins um die Befreiung der Menschheit, angesichts unserer Liebe zum Sowjetvolk, verurteilen wir aufs schärfste den schamlosen, ungeheuerlichen Verrat, den die Kossygin-Breshnew-Clique an den Völkern der Sowjetunion, an dem gesamten internationalen Proletariat und den um ihre Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus kämpfenden Völkern der Welt, begeht.

Unsere heißen, brüderlichen Kampfesgrüße entbieten wir dem Genossen Mao Tse-tung, der unter dem Banner seiner Lehren siegreich voranschreitenden Kulturrevolution, seinem engen Kampfgefährten Lin Biao, der ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas und dem das Banner der Sozialistischen Revolution zum endgültigen Sieg führenden chinesischen Volk.

Ged dem Imperialismus der USA, seinen westdeutschen und anderen Lakaien! Unversöhnlicher Kampf den Sowjetrevisionisten und ihren sklavischen Machbetern in anderen Ländern.

Es lebe das große China, das internationale Hauptbollwerk des Sozialismus!

Es lebe die ruhmreiche Kommunistische Partei Chinas, die mächtige Avantgarde der revolutionären Weltbewegung!

Es lebe Genosse Mao Tse-tung, der größte Marxist-Leninist unserer Zeit!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



deutsche
marxistisch-
leninistische
Monatszeitschrift

Sonder-Ausgabe August 1968 2. Jahrgang Preis 40 Pfennig

Auf Kautskys und Togliattis Spuren
Zum Programmentwurf der KPD

Das revisionistische Zentralkomitee der KPD hat der Arbeiterklasse und der Öffentlichkeit Westdeutschlands den Entwurf eines Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands unterbreitet und zur Diskussion gestellt. Sie hat den Programmentwurf als vom Geiste des Marxismus-Leninismus geprägt bezeichnet und ihn großsprecherisch zum "Manifest unserer Zeit" erhoben. Oberflächlich, auf den ersten Blick, mag der Entwurf dem Betrachter "besser" als die Programme anderer revisionistischer Parteien erscheinen, weil er sich - auf Grund der besonderen Situation Westdeutschlands - "linkerer" Formulierungen bedient. Schaut man jedoch genauer hin, stellt man fest, daß sich hinter der pseudolinken Demagogie buchstäblich sämtliche "Auslagestücke" des revisionistischen Verrats verbergen, ob es sich um die Fragen der "Strukturreform", der "Mitbestimmung", der sogenannten "friedlichen Koexistenz", des "Parlaments als Organ des Volkswillens" oder um die verhängnis-

5 JAHRE
ROTER MORGEN



Es war im Sommer des Jahres 1967

Das westdeutsche Kapital war in seine erste größere, offen in Erscheinung tretende, zyklische Krise nach Kriegsende geraten. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit waren gestiegen. Lohnabbau und verstärkte Rationalisierung in den Betrieben. Die Märchen von 'Sozialpartnerschaft' und ewig währendem 'Wirtschaftswunder' sind in alle Winde zerstoßen. Die Klassenkämpfe verschärften sich. An den Hochschulen gärt es. Die revolutionäre Studentenbewegung wächst. Aber das westdeutsche Proletariat ist nach dem Verrat der modernen KPD-Revisionisten ohne seine revolutionäre Partei.

Es war im Sommer des Jahres 1967

Die große proletarische Kulturrevolution in der Volksrepublik China schreitet stürmisch voran. Der Kampf der Marxisten-Leninisten gegen die modernen Revisionisten ist mit voller Schärfe entbrannt. Überall in der Welt entstehen neue marxistisch-leninistische Parteien, Organisationen und Gruppen. Auch in der Kommunistischen Partei Deutschlands wachsen die Widersprüche. Bedingt durch die Erschwernisse der Illegalität haben hier die Auseinandersetzungen zwischen den Marxisten-Leninisten, den echten Revolutionären der Partei, mit den revisionistischen Renegaten später als in anderen Ländern begonnen. Die ersten Ansätze dazu gehen zurück auf die Veröffentlichung der 'Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung'

ben des ROTEN MORGEN erscheinen und es wird der Beschluß gefaßt, die Zeitschrift legal herauszugeben. Zwei Gründe waren dafür maßgebend: einmal die Erfahrung der Genossen, daß es unmöglich war infolge der Außerkraftsetzung des demokratischen Zentralismus in der Partei und ihrer völligen ideologischen und materiellen Abhängigkeit von der SED, die KPD wieder auf revolutionären Kurs zu bringen, zum anderen, daß die angestrebte Sammlung aller Marxisten-Leninisten auf illegalem Wege nicht möglich beziehungsweise sehr erschwert sein würde. So erschien der ROTE MORGEN ab November 1967 legal als 'Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift'. Zum verantwortlichen Herausgeber und Redakteur wurde der Genosse Ernst Aust gewählt, auf dessen Initiative die Zeitschrift entstanden war.

Von Anfang an führte der ROTE MORGEN einen scharfen Kampf gegen den modernen Revisionismus. Keine Ausgabe, in der nicht mindestens ein, meistens aber mehrere Artikel sich mit diesem Thema befaßten. Andere Artikel waren den wachsenden Klassenkämpfen, der revolutionären Studentenbewegung, dem westdeutschen Imperialismus, dem Abbau der sogenannten demokratischen Rechte, dem proletarischen Internationalismus, den Volksrepubliken China und Albanien gewidmet. Ideologische und politische Fragen stehen im Vordergrund, aber auch - und nicht zuletzt - die Ein-

tei Marxisten-Leninisten (Siegerland) Roter Morgen (Mannheim), Roter Morgen (Karlsruhe) und die Revolutionären Kommunisten Nordrhein/Westfalens (Köln) haben auf ihrer Tagung am 27. April 1968 beschlossen, ihre Arbeit politisch und organisatorisch mit dem Ziel der Gründung einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei zu koordinieren. Ihr Organ ist der ROTE MORGEN.'

Damit war ein weiterer entscheidender Schritt getan. In dem Artikel zu dieser Erklärung hieß es weiter: 'Der Anfang ist getan. Das heißt jedoch nicht, daß andere marxistisch-leninistische Gruppen aus anderen Ländern und Städten, die zur Zeit noch im organisatorischen Aufbau begriffen sind, sich unseren Bestrebungen nicht anschließen können. Im Gegenteil, sie sind uns jederzeit als gleichberechtigte Gruppen willkommen. Das einzige Kriterium, das wir stellen, ist, daß sie revolutionäre Marxisten-Leninisten sind. Daß sie sich vorbehaltlos zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung bekennen.' Damit ist die auch heute noch oft verbreitete Lüge widerlegt, die KPD/ML habe sich vor ihrer Gründung nicht bemüht, alle marxistisch-leninistischen Gruppen zu erfassen. Sie hat bis zur Gründung alle damals bestehenden Gruppen erfaßt. Lediglich eine Abspaltung von den vereinigten Gruppen - die - obwohl sie zuvor zugestimmt hatte - später

sehen Thesen vom "friedlichen und demokratischen (!) Weg", von der Erringung einer "fortschrittlichen, sozialistischen Mehrheit im Parlament" handelt.

ROTER



MORGEN

Zentralorgan der
Kommunistischen Partei
Deutschlands/Marxisten-Leninisten

3. Jg. Dez. 68/Jan. 69 50 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten gegründet

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Seitenausgabe Mai 1972 Preis 38 Pfennig C 21246 E

WAS WILL DIE KPD/ML?

Kolleginnen und Kollegen, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten ist eine junge und doch traditionsreiche Partei. Jung, sie wurde — 50 Jahre nach Gründung der KPD — zum Jahres-

Es lebe der Kommunismus

Ein Sturm fegt über den Erdball

Ob in Asien, Afrika, Amerika oder auch in Europa, überall befindet sich die revolutionäre Bewegung des Proletariats (der Arbeiterklasse) und der Völker verschiedener Länder in großem Aufschwung. Die siegreiche Entwicklung des Widerstandskrieges der drei Völker Indochinas gegen die USA-Aggression zur Rettung des Vaterlandes hat dem Kampf gegen den USA-Imperialismus im Weltmaßstab einen neuen Aufschwung gegeben. In zahlreichen Ländern, Asien und Afrika greifen die Völker mutig zu den Waffen, um sich ihrer ausländischen und imperialistischen Unterdrücker zu erwehren. Der Kampf des koreanischen und des japanischen Volkes und der ande-

re Klassenkämpfe mit zunehmender Schärfe entbrennen. Die Bevölkerung verschiedener Schichten hat nicht nur gegen die reaktionäre Außen- und Innenpolitik des USA-Imperialismus Massendemonstrationen und Streiks im großen Umfang durchgeführt, sondern hat auch mutig zu den Waffen gegriffen, um sich der von der Nixon-Regierung gegen sie ausgeübten faschistischen Gewalt zu erwehren. In Lateinamerika, dem "Hinterhof" des USA-Imperialismus, der lange im Herzen der Völker aufgestaute Zorn über den USA-Imperialismus losgebrochen, und es hat sich eine neue Lage im Zeichen des vereinigten Kampfes für die Wahrung der nationalen Interessen

wechsel 1968/69 in Hamburg, der Heimatstadt Ernst Thälmanns, von revolutionären Arbeitern gegründet. Traditionenreich, sie knüpft an das Erbe unserer großen deutschen Arbeiterführer Marx, Engels, Bebel, Liebknecht, Luxemburg und Thälmann. Wie 1918/19 nach dem Verrat der SPD durch ihre Unterstützung des 1. imperialistischen Weltkriegs und ihrem Verrat an der Revolution die Gründung der KPD absolut notwendig wurde, wurde 50 Jahre später nach dem Verrat der DKP/KPD an den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus und ihrer Entartung zu einer sozialdemokratischen Partei, die Gründung der KPD/ML zum Gebot der Stunde. Wir wissen aus unseren täglichen Erfahrungen im Betrieb, daß viele Kolleginnen und Kollegen noch nicht zwischen Kommunisten und "Kommunisten", zwischen der KPD/ML und der DKP zu unterscheiden vermögen, daß sie noch viele Fragen an uns haben:

Im Jahre 1963. Empörung bei Genossen löst auch der Vorfall auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 aus, als der Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas, der Genosse Wu Hsin-tjan bei seinem Referat von den Delegierten der SED und Gastdelegierten der KPD unter wüsten Beschimpfungen und Drohungen niedergeschrien wird. Genossen, die auch nur die geringsten Sympathien für die Volksrepubliken China und Albanien zu erkennen geben, werden sofort ausgeschlossen oder isoliert.

Was die revisionistische Führungsclique der Partei um Reimann und Glückauf in ihrem Ostberliner Exil jedoch nicht verhindern können, ist, daß es neben Genossen, die ob der revisionistischen Entartung ihrer Partei resignieren und ihr den Rücken kehren, andere gibt, die beginnen, einzeln oder in kleinen Gruppen, vorerst noch unabhängig voneinander, innerhalb und außerhalb der Partei den Kampf gegen die Veräter an den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus aufzunehmen.

So auch in Hamburg. Unter der Losung des Genossen Mao Tse-tung: 'Eine unserer vordringlichen Aufgaben an der ideologischen Front ist die Entfaltung der Kritik am Revisionismus', geben sie im Juli 1967 - dem 50. Jahr nach der großen sozialistischen Oktoberrevolution - die erste marxistisch-leninistische Zeitschrift in Deutschland nach dem Verrat der Revisionisten, den ROTEN MORGEN, heraus.

Damit ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Wiedererschaffung der revolutionären Partei des Proletariats getan.

Schon die Nr. 1 des ROTEN MORGEN, die noch illegal erscheint und einen scharfen Angriff auf die revisionistische Entartung der KPD enthält, versetzt deren revisionistische Führer in helle Aufregung. Wie die Geier rasen sie hinter den Exemplaren her und versuchen sie einzuziehen. Aber die Wahrheit des Marxismus-Leninismus liest und läßt sich nicht unterdrücken. Die nächsten Ausga-

heit der Marxisten-Leninisten. So erschien in der Januarausgabe 1968 der Aufruf:

'Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, vereinigt Euch!'

In diesem Aufruf, der eine kurze Analyse der westdeutschen linken außerparlamentarischen Opposition enthielt, hieß es unter anderem: Als wir, Hamburger Marxisten-Leninisten, den ROTEN MORGEN schufen, gingen wir aus von dem leninischen Prinzip: Eine Zeitung hat kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator zu sein. Wobei naturgemäß, angesichts der Verhältnisse in Westdeutschland, der Schwerpunkt der Arbeit vorerst auf dem 'kollektiven Organisator zu sein' lag und liegt... Was wir zur Zeit brauchen, ist nicht die Sammlung aller irgendwie links von der SPD stehenden Kräfte, sondern die Sammlung aller Kommunisten, fortschrittlichen Arbeiter, Studenten und Bauern in einer marxistisch-leninistischen Partei.

Nur eine geschlossene, kampfstärke Partei, die im revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, wird die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien führen können...

Wir, die Gruppe ROTER MORGEN, die Vereinigung Hamburger Marxisten-Leninisten, sind bereit, mit jeder in Westdeutschland bestehenden Gruppierung auf marxistisch-leninistischer Grundlage zusammenzuarbeiten, um das Ziel der dringend gebotenen Einheit zu erreichen.

Dieser Aufruf fand ein lebhaftes Echo in anderen marxistisch-leninistischen Gruppen. Schon bald kam es zu Sympathieerklärungen für den ROTEN MORGEN und es fanden erste Kontaktgespräche statt. In der Mai-Ausgabe des ROTEN MORGEN erschien unter der Überschrift 'Vorwärts auf dem Weg zu einem einigen sozialistischen Deutschland' folgende Erklärung:

'Die bestehenden marxistisch-leninistischen Gruppen: Roter Morgen (Hamburg), Freie Sozialistische Par-

die Gründung der KPD/ML verhindern wollte und aus der sich der KAB entwickelte, nahm an der Gründung nicht teil.

Einen harten Schlag gegen den modernen Revisionismus führte der ROTE MORGEN in seiner Sonderausgabe August 1968, in der er unter der Überschrift 'Auf Kautskys und Togliattis Spuren' zum Programm-entwurf der KPD Stellung nimmt.

Dieser Artikel und viele andere mehr sind ein Beweis dafür, daß die KPD/ML im Gegensatz zu den später entstandenen, sich marxistisch-leninistisch nennenden Gruppen, Organisationen oder gar Parteien, wie die anderen marxistisch-leninistischen Bruderparteien der Welt im harten konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus entstanden ist. Sie hat diesen konsequenten Kampf bis zum heutigen Tage weitergeführt und wird ihn auch in Zukunft, trotz aller Angriffe der Revisionisten und ihrer Handlanger aller Schattierungen, weiterführen.

Angesichts der voranschreitenden Sammlung aller Marxisten-Leninisten, trotz ihrer Sabotageversuche und Verleumdungen, bekommen es die revisionistischen Führer der KPD mit der Angst zu tun. Völlig überraschend, selbst für ihre Mitglieder, erbetteln sie im Herbst 1969 von der Bourgeoisie die Wiedezulassung ihrer Partei unter dem Namen DKP. Dieser Kniefall vor der Monopolbourgeoisie kann jedoch die bevorstehende Gründung der KPD/ML nicht mehr verhindern. Nach mehreren vorbereitenden Sitzungen und einer sechstägigen Klausurtagung, auf der eine Programmatik Erklärung und das Statut der Partei ausgearbeitet werden, wird von 33 Delegierten aus allen Teilen Westdeutschlands und Westberlins am 31. Dezember 1968, am 50. Jahrestag der Gründung der KPD durch Kar. Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten in Ham-

Fortsetzung auf Seite 11

Vorwärts mit der KPD / Marxisten-Leninisten

Die Ortsgruppe Würzburg der KPD/ML hat beispielhaft den Kampf gegen den westdeutschen Militarismus aufgenommen. Die Würzburger Genossen gründeten ein Aktionskomitee, das den Widerstand der Bevölkerung gegen die Kriegsübung der Bundeswehr in Würzburg zusammenfassen soll. Dazu erschien folgendes erstes Flugblatt:

Kriegsübung in Würzburg

Am 18./19. Juli veranstaltet die Bundeswehr im Stadtgebiet eine große Übung mit 2000 Soldaten, 500 Fahrzeugen und vier Flugzeugen.

Das ist der erste Versuch, der bisher bekannt geworden ist, mitten in einer Großstadt, mit einem großen Aufwand an Menschen und Material eine Kriegsübung zu veranstalten. Bisher hat die Bundeswehr ihre Kriegsmanöver meist auf Truppenübungsplätzen oder in ländlichen

Gegenden gemacht. Schon da ist sie mit brutaler Unverschämtheit gegen das Volk vorgegangen.

Daß die Bundeswehr auch in Würzburg nicht zimperlich vorgehen will, sieht man daran, daß sie jetzt schon mit großen Manöverschäden rechnet: Die "kleinen" bis DM 400.— sind bei der Stadt, die großen darüber beim Amt für Verteidigungslasten zu melden.

Die Kriegsübung geht gegen uns!

Die Übung wird von einem Jägerbataillon aus Hammelburg gemacht, das speziell für den Bürgerkrieg ausgebildet ist: Leichte bewegliche Einheiten auf Räderfahrzeugen mit einer besonders harten Ausbildung und mit Spezialausbildung für den Strassenkampf.

Es ist klar, was die "Guerilla-Krieger" in Würzburg üben werden: Den Krieg gegen das eigene Volk, gegen uns. Denn die Generäle und Minister, die Konzernbosse und Aktionäre

rechnen schon damit, daß die wachsende Unruhe im Volk plötzlich umschlägt, daß sie dann das Volk gegen sich haben, bereit, die Festungen des Kapitalismus zu stürmen. Und diesem Volk, so rechnen die Herren Generäle, wollen sie zeigen, daß sie Soldaten haben, die sie gegen uns aufgerüstet haben. Das ist nichts anderes als eine massive Drohung gegen uns, ein unverschämter Einschüchterungsversuch! Ausgerechnet gegen die Bürger, die sich schon vor mehr als

15 Jahren mit Massenprotesten gegen die Atomraketenstellung am Schenkenturm gewehrt haben; gegen eine Stadt, die in den Bombennächten des 2. Weltkriegs zerstört wurde, wie kaum eine andere Stadt Deutschlands.

Kampf der Kriegsübung in Würzburg!

Die Kriegstreiber mußten erst kürzlich zwei Niederlagen einstecken:

Die Bauern in Gunzenhausen sahen, wie ihnen bei einem Nato-Manöver die Felder und Wiesen zusammengefahren wurden. Die Bauern haben sich darauf mit Mistgabeln und Steinen bewaffnet, die Offiziere aus ihren Jeeps geholt und verprügelt. Das Natomanöver mußte abgebrochen werden.

14000 Nürnberger haben letzte Woche mit einem Auto-Corso gegen einen geplanten Truppenübungsplatz protestiert. Die Bundeswehr hatte geglaubt, daß sie ihn ohne größeren Widerstand einrichten kann.

Alle, die bereit waren, die Bürgerkriegsübung zu verhindern, alle, die mit uns zusammen entschlossen den Kampf gegen die Notstands- und Kriegspolitik aufnehmen wollten, waren zur Mitarbeit aufgefordert. Ein Bauarbeiter gab die Stimmung im Volk treffend wider, als er sagte: 'Sollen die nur kommen, dann kommen wir aber auch!'

Übungen der Bundeswehr

Würzburg. Einheiten der Bundeswehr mit ca. 2000 Soldaten, 500 Räderfahrzeugen und vier Flugzeugen werden in der Zeit vom 18. und 19. Juli Übungen im Stadtgebiet durchführen. Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich von den Einrichtungen der übenden Truppe fernzuhalten. Vor allem wird davor gewarnt, liegengeliebene militärische Sprengmittel, wie Fundmunition oder dergleichen, zu berühren oder an sich zu nehmen, da dadurch besondere Gefahr droht. Evtl. Übungsschäden sind innerhalb von drei Monaten bei dem zuständigen Amt für Verteidigungslasten anzuzeigen oder, wenn der Schaden bis zu 400.— Mark beträgt, in einem vereinfachten Verfahren innerhalb von fünf Tagen bei der Stadtverwaltung.

Aus: "Franken-Kurier"

Sorgen wir dafür, daß auch die geplante Übung in Würzburg eine Niederlage der Kriegstreiber und Bürgerkriegsstrategen wird. Kommende Woche gründet sich in Würzburg ein Aktionskomitee gegen diese Kriegsübung. Dieses Komitee wird sich die

gestellten der Regierung von Unterfranken, mit deutschen und amerikanischen Soldaten haben uns das bestätigt. Aber unsere Reaktion kündigte den Herrschaften nichts Gutes an. Einzig und allein deshalb die neue Meldung, pünktlich zur Gründungsversammlung des Komitees. Der Aufruf hatte schon gewirkt!

War damit garantiert, daß das

genauen Schritte zur Verhinderung dieser Provokation überlegen.

Wir fordern alle Arbeiter und Angestellten, alle Bürger Würzburg, die sich dieses Notstandsmanöver nicht gefallen lassen wollen, auf, sich am Aktionskomitee zu beteiligen.

Sie meinten, erst wenn wir 'ein paar Tausend Leute haben', von denen sich 'ein gewisser Prozentsatz' auf die Straße setzt - dann vielleicht, - Schöne Kommunisten, die erst einen 'gewissen Prozentsatz' der Massen den Kopf hinhalten lassen, bevor sie vielleicht auch mitkämpfen wollen! In Wirklichkeit hatten die Opportunisten Angst, sich einmischen zu lassen.

DEUTSCHLAND WIRD ROT !

Zum Gedenken des Altonaer Sonntag, an dem vor 40 Jahren 18 Arbeiter von den braunen Nazischergen ermordet wurden, fand am 17. Juli eine Veranstaltung der Hamburger Ortsgruppe der KPD/ML statt. Höhepunkte dieser Veranstaltung waren die Rede des Vorsitzenden unserer Partei, des Genossen E. Aust und der Parteifilm „Reform oder Revolution“.

Ging man damals zur Wahlzeit durch die Straßen von Altona, St. Pauli, Ottensen, Elmsbüttel, so konnte man es bildlich sehen: Aus den Fenstern ein Meer von roten Fahnen. Und Hamburgs und Altonas Arbeiterklasse war stolz auf ihren Schlachtruf: Hamburg bleibt rot! Aber den gleichen Herren, die auch heute wieder das Heft in der Hand halten: den Unternehmern, den Bossen der Banken, den Herren von Kohle, Stahl und Chemie war dieser Schlachtruf verhaßt. Sowie damals das Kapital die Hitlerpartei mit Millionen spickte, so spickt heute das Kapital die bürgerlichen Parteien.

Immer wenn die Bourgeoisie ihre Herrschaft über das Volk nicht mehr aufrechterhalten kann, wenn immer größere Teile der Werktätigen zum Kampf gegen das kapitalistische System antreten, greift die Bourgeoisie zum letzten Mittel ihrer Diktatur: dem Faschismus. Aber der Faschismus ist nicht nur ein Zeichen der Stärke der Bourgeoisie, sondern vor allem ein Zeichen ihrer Schwäche, ein Zeichen der Stärke der Arbeiterklasse. So ist das auch heute. Auch heute sind die großangelegten Notstandsübungen Ausdruck der Schwäche der Bourgeoisie und zeigen den revolutionären Aufschwung, den die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren genommen hat.

Der Genosse Vorsitzende stellt besonders die Lehren, die die KPD/ML aus den Fehlern der KPD ziehen muß heraus. Die KPD/ML wird die Werktätigen konsequent weiterhin auf dem Weg der bewaffneten Revolution erziehen und ihre Parteireihen von jeglichen Opportunismus und Revisionismus freihalten. Ein Hamburger 1923, wo von 30 000 KPD-Mitgliedern nur einige hundert aktiv mit der Waffe in der Hand kämpften, darf es nicht mehr geben. Die Partei,

die im Kampf gegen den modernen Revisionismus entstanden ist, wird auch weiterhin alle opportunistischen und revisionistischen Ansichten in der revolutionären Bewegung Westdeutschland bekämpfen und bemüht sein, alle ehrlichen Marxisten-Leninisten von ihren falschen Führern zu trennen und sie für die Partei zu gewinnen. Allen falschen Führern vom Schlage Brandlers und Thalheimers, die schon damals den Kampf der Hamburger Arbeiter verrieten, entschieden den Kampf angesagt.

Der Film „Reform oder Revolution“ unterstrich noch einmal die Rede unseres Vorsitzenden. Der Film zeigte die verschiedenen Stadien der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung auf und stellte besonders den Verrat der Opportunisten und modernen Revisionisten heraus, die die Grundlehre des Marxismus-Leninismus, die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen die Bourgeoisie, über Bord warfen. Die Veranstaltung, die unter dem Hauptthema „Es lebe der Kommunismus“ stand, hatte genau die richtige Stoßrichtung. Sie zeigte allen Versammelten auf, was es heute zu tun gilt: Gewinnung der Vorhut des Proletariats für den Kommunismus und Erziehung der Werktätigen Deutschlands auf die roten Tage der bewaffneten Revolution.

Eine Singgruppe von Genossen des ehemaligen Kieler Thälmannkampfverbandes bereicherte den Abend mit zündenden Liedern aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Diese Veranstaltung machte deutlich, wenn die Partei weiterhin so konsequent am revolutionären Ziel festhält und ihre Bemühungen zur Gewinnung von Werktätigen für den Kommunismus verzehnfacht, dann wird Deutschland eines Tages rot werden.

Die entschlossene Antwort der KPD/ML auf das geplante Manöver zwang die Bürgerkriegsstrategen zum Rückzug. Ihnen mußte alles daran liegen, ihre wahren Absichten zu verbergen. Nichts hätte das Friedens- und Reformgesäusel der Herrschenden gründlicher entlarvt, als wenn aus dem Spiel Ernst geworden wäre, weil das Volk das Spiel nicht geduldet hätte. Und die Militaristen konnten keinen Zweifel daran haben, daß es Ernst geworden wäre. Sie kennen die KPD/ML, die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, und sie kennen den wachsenden Kampfgeist der Arbeiterklasse und des Volkes. Also bereitete man den Rückzug vor. Am Gründungstag des Aktionskomitees war im „Volksblatt“ zu lesen:

Die Meldung des „Frankenkurier“ war bloß eine Ente. „Ente“? Derart detaillierte Angaben, mit Aufforderung, die entstehenden Schäden anzumelden und mit amtlicher Warnung vor herumliegender Munition? Das war keine Falschmeldung! Das Manöver war geplant. Gespräche mit An-

War damit garantiert, daß das Manöver nicht stattfindet? Sollte sich das Komitee gleich bei der Gründung wieder auflösen? Das wäre den Militaristen allerdings recht gewesen! Die Sache sollte einschlafen und der Eindruck erweckt werden, daß hier jemand viel Lärm um nichts gemacht hat. Sollten sich die Wogen wieder glätten, der Widerstandswille erlahmen, dann könnte man ja womöglich das Manöver noch ungestört über die Bühne bringen!

Das Aktionskomitee fiel nicht darauf herein. Für uns hieß es: **„Feindlage unverändert“ - Der Kampf wird weitergeführt!**

Die Opportunisten des „Kommunistischen Arbeiterbundes“ und der „Revolutionären Jugend“, versuchten nun, den Kampf in einen demokratischen Protest umzufunktionieren. Der Widerspruch zwischen Opportunisten und Revolutionären brach auf an der Frage: Verhindern wir die Übung notfalls auch durch Kampfmaßnahmen - zum Beispiel durch auf-die-Straße-setzen - oder nicht? Der KAB war dagegen;

sich eindeutig auf die Seite der Todfeinde der Imperialisten zu stellen. Sie ergriffen die passende Gelegenheit beim Schopf und verließen das Komitee mit der hauptsächlichen Begründung: „Die Bundeswehr kommt ja doch nicht“. Das zeigt, was die Rolle dieser Zirkel ist: Die revolutionäre Bewegung zurückzuziehen in ihr Unsicherheit, Feigheit, Zurückweichen vor dem Klassenfeind zu verbreiten.

Das Aktionskomitee kämpfte weiter, sammelte Unterschriften und bereitete die Demonstration vor für den Tag, an dem die Übung geplant war. Denn die Aufrüstung von Bundeswehr, Grenzschutz und Polizei, die Militarisierung der Betriebe, Schulen und Universitäten, die Errichtung der Notstandsdictatur, das alles findet weiter statt. Daß dies aber Zeichen der Schwäche der Kapitalisten und der Stärke der Arbeiterklasse sind, hat sich auch in Würzburg gezeigt: Die Militaristen hatten Angst vor der Wut der Volksmassen - die Bürgerkriegsübung fand nicht statt!



Kampf gegen Bürgerkriegs- und Notstandsübungen!

Es lebe die Diktatur der Arbeiterklasse über die Kano-nenkönige und Kriegstreiber

Vorwärts mit der KPD/ML!

Keinen Schritt zurück vor der Klassenjustiz

Im Münchner Kommunistenprozess wurde ein weiterer Sieg errungen. Die Jugendlichen Sympathisanten der KPD/ML mußten, wie vorher schon die anderen Genossen, freigesprochen werden. Wie wir in mehreren Nummern des ROTEN MORGEN im April berichteten, versuchte die Klassenjustiz in einem Massenprozess gegen Marxisten-Leninisten in München einen schweren Schlag gegen die KPD/ML zu führen. Mit Hilfe von erlogenen Anklagen über schweren Raub und Diebstahl und mit Hilfe von Polizeiagenten sollten wieder einmal Kommunisten hinter Gitter wandern. Die KPD/ML sollte dadurch als Kriminellen-Organisation abgestempelt werden. Das mißlang damals und mißlang jetzt auch im zweiten Prozeß. Die Partei stand fest und geschlossen hinter ihren Genossen und wich keinen Schritt vor den Einschüchterungsversu-

chen und den heuchlerischen Tricks der Klassenjustiz zurück. Diesmal forderte der Staatsanwalt gleich zu Beginn, die Zuhörer vom Prozess auszuschließen. Daraufhin weigerten sich die angeklagten Genossen, am Prozess teilzunehmen und machten keinerlei Aussagen. In zwei Stunden zog der Richter die Verhandlung eilig über die Bühne.

Von einem Gerichtsbeamten erfuhren jetzt unsere Genossen, daß während des ersten Prozesses im Nebenraum des Gerichtssaals drei Tage lang 70 Polizisten in Bereitschaft standen. Damit wird noch deutlicher: Der Klassenjustiz brennt der Boden unter den Füßen. "Die deutschen Richter richten solange, bis das Volk sie richtet" — diese Parole auf den Flugblättern der KPD/ML zum Münchner Kommunistenprozess hat ihre Wirkung scheinbar getan!

Weiterhin:

Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!

Kampf der Verfolgung und dem Verbot der KPD/ML!

**An das 3. Zentralkomitee
An den Genossen Ernst Aust**

Liebe Genossen,

die Nachricht über die erfolgreiche Beendigung des 2. ordentlichen Parteitages hat bei allen Genossen und Sympathisanten

wachsenden Stärke der Partei entlarven sich die Revisionisten und Neorevisionisten immer mehr. Ihre letzte Notbremse bleibt die offene Kollaboration mit dem Klassenfeind. Das zeigt

Kapitalisten, Gewerkschaftsbürokraten und Revisionisten in trauter Dreinigkei gegen kämpfende Lehrlinge!

Was war passiert? Am 27.6. legten

Ein Kieler Lehrling berichtet uns über den Streik: „Dienstag morgen um ca. 9.00 Uhr versammelt und einen Demonstrationzug durch die wichtigsten Straßen gemacht. Ein Teil der Lehrlinge ging zur Berufsschule und hat dort Klassenräume besetzt und einen Teil der Schüler für den Streik gewonnen. Wir trugen Losungen mit wie: **wer hat uns verraten — Gewerkschaftsbürokraten! 50 DM**

Die Kapitalisten und ihre Betriebsleitungen reagieren sofort: Mit Einschüchterungsversuchen aller Art bis zu Kündigungsdrohungen versuchen sie, die Lehrlinge müde zu machen. Verschiedene Betriebe gingen sogar soweit, Drohbriefe an die Eltern der Lehrlinge zu verschicken.

Die sogenannten „Kommunisten“ der D’K’P wollten da hinter den Kapitalisten und Gewerkschaftsbözen nicht zurückstehen: „Diese Leute entpuppten sich während des Streiks als Anhängsel der Gewerkschaftsbözen. Zuerst durften wir in ihrem „S’DAJ — Treffpunkt Club M“ tagen. Als wir aber gegen die Gewerk-

LEHRLINGSTREIK

450 Lehrlinge aus den Kieler Großbetrieben (Howalt, Hell, MAK, Elac, Hagenuk, Zeiss-Ikon, Nagel und Goller) die Arbeit nieder. Der Grund: Am 31.3. wurden die Lehrlingstarifverträge gekündigt. Die Lehr-

linge forderten 100,— DM monatlich mehr, und zwar rückwirkend ab 1.4. bis 31.12. Und die Gewerkschaft? Sie ging nur mit 50,— DM in die Verhandlungen rein, und diese sollten erst ab Juni gezahlt werden.

Wer hat uns verraten: Gewerkschaftsbürokraten!

wolln wir nicht — 100 DM ab März!

Danach trafen sich alle Lehrlinge wieder vorm Gewerkschaftshaus und belagerten es. Zur gleichen Zeit mauselten die Bözen gerade die Verträge aus. Sie verabschiedeten 50 DM ab 1.6., worauf ein scharfer Protest einsetzte und Sprechchöre gerufen wurden: „Wer hat uns verraten — Gewerkschaftsbürokraten“

Die Kommission war nicht bereit mit den Lehrlingen auf der Straße zu diskutieren!

Als wir merkten, daß wir durch den Streik an dem Ergebnis nichts mehr ändern konnten, hörten wir auf, beschlossen aber, sofort wieder auf die Straße zu gehen, wenn einem von uns was im Betrieb passieren sollte (Rauschmiß oder sowas).“

Kapitalisten, Gewerkschaftsbürokraten...

Nicht viel anders die Gewerkschaftsbözen. Unser Kieler Kollege schreibt dazu: „Hier zeigten die Bözen mal ihr wahres Gesicht. Sie haben den Streik bekämpft und uns verraten. Dem Ortsjugendausschuß, der am gleichen Abend tagen wollte, um den Streik nochmal zu diskutieren,

erteilten sie Hausverbot. Inzwischen gehen diese „Arbeitervertreter“ daran, die Gewerkschaft zu säubern. Sie versuchen, die „Rädelsführer“ ausfindig zu machen. Mir selbst und auch anderen hat man schon Ausschlußverfahren angedroht.

Und die D „K“ P.....

schaftsbürokraten auftraten und die SDAJ überstimmten, haben sie uns rausgeschmissen. Als genauso ein „Arbeitervertreter“ wie die Gewerkschaftsspitze entpuppte sich auch Helmut Schlüter, führendes Mitglied der D’K’P auf der Howaltswerft. Er versuchte vor dem Werksrat, die Lehrlinge abzuwiegeln. Er

sagte, man müsse sowas mit der Gewerkschaft zusammen machen, unser Streik ist illegal. Die D’K’P hat anhand dieser Beispiele ganz klar gezeigt, welche Rolle sie zusammen mit der Gewerkschaft in der Arbeiterbewegung einnimmt.“

der Ortsgruppe großen Jubel ausgelöst. Dieser neue Sieg zeigt, daß die Partei geschlossener denn je voranschreitet. In unserem täglichen Kampf hier in München sehen wir, daß die Partei immer mehr die scharfe Waffe des Proletariats wird, der unüberwindliche Gegner für den Klassenfeind. Weder die Schläge des Staatsapparats noch die Zersetzungsversuche der Modernen Revisionisten können die Partei der westdeutschen Arbeiterklasse zerstören. Angesichts dieser

der Polizeiüberfall auf unsere Genossen am 4. Juli, das zeigen die Beispiele von Nürnberg (RM 14/S.8) oder Gunzenhausen, wo ein Genosse von D'K'Plern angezeigt wurde.

Der 2. ordentliche Parteitag und seine Ergebnisse sind ein weiterhin leuchtendes Zeichen für die Kampfkraft unserer Partei. Sie sind ein weiterer Ansporn für uns, nicht nachzulassen im Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staatsapparat, im Kampf um die Bolschewisierung der Partei.

Es lebe der Kommunismus!

Vorwärts mit der KPD/Marxisten-Leninisten!

Unserem neuen ZK und seinem Vorsitzenden ein kräftiges Rot Front!

Ortsgruppe München

5 JAHRE ROTER MORGEN

Fortsetzung von Seite 9

burg, der Heimatstadt Ernst Thälmanns, gegründet. Von da ab erfüllte der ROTE MORGEN seine Aufgabe als Zentralorgan der Partei.

Die weitere Entwicklung des ROTEN MORGEN ist vielen Genossen und Lesern bekannt. Auch in ihm fand der Kampf zweier Linien in der Partei seinen Ausdruck. Gegen die Versuche der späteren Liquidatoren, die den ROTEN MORGEN in ein Debattierblatt für intellektuelle zu verwandeln suchten, stand die proletarische Linie. Aus der Feder des Genossen Ernst Aust stammt der Artikel in Nr. 8/1970 'Dem Klassenfeind die Faust ins Gesicht', in dem die Aufgaben des ROTEN MORGEN noch einmal bestimmt wurden. Darin heißt es unter anderem:

Die Zeitung soll kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator sein. Wobei entsprechend der jeweiligen Situation die Betonung auf der einen oder anderen Seite liegen kann. Für uns ist

entsprechend der Hauptaufgabe der Partei gegenwärtig die Propaganda die hauptsächlichste Seite. Das heißt jedoch nicht, die eine oder andere Seite völlig aus der Zeitung verschwinden zu lassen. Alle Seiten müssen berücksichtigt werden.'

Es bedurfte allerdings erst der Hinaussäuberung der Liquidatoren aus der Partei, um den ROTEN MORGEN entscheidend zu verbessern. Mit der Herausgabe der Sonderausgabe vom Mai dieses Jahres 'Es lebe der Kommunismus' ist, wie die Reaktion darauf zeigt, ein entscheidender Schritt in Richtung der Verbindung der Partei mit den Massen gelungen. Noch vorhandene Schwächen im ROTEN MORGEN werden bestimmt und mit Sicherheit überwunden werden.

Schmieden wir unsere Waffe im Kampf gegen den Klassengegner, den westdeutschen Imperialismus und all' seine Lakaien für ein vereinigtes und unabhängiges sozialistisches Deutschland!

UNTERSTÜTZT DEN ROTEN MORGEN!

Unser Kieler Kollege faßt die Erfahrungen dieses Streiks so zusammen: „Für die Kieler Lehrlinge war dieser Streik ein großer Fortschritt. Wir konnten die Sache zwar nicht rückgängig machen, haben aber den Kampf zum ersten Mal in die eigenen Hände genommen, gegen D'K'P und IGM-Bonzen. Das Bewußtsein der Lehrlinge ist in diesem Kampf gestiegen. Sie haben erkannt, daß durch ihre Solidarität keinem etwas ange-tan werden konnte, trotz des Drucks in den Betrieben.

Der Kampf geht weiter!

Wir sind den Unternehmern das erstemal selbstständig gegenübergetreten. Das werden wir auch das nächste Mal tun. In der Gewerkschaft und im Betrieb werden wir die Konsequenzen ziehen: Verstärkte Aufklärung über die Ursachen des Streiks, die Bloßstellung der D'K'P-Führer und den Kampf gegen die Gewerkschaftsbükratie.“ Wir meinen, das ist eine klare und richtige Konsequenz. Und nicht nur für die Kieler Lehrlinge, sondern auch für die Hamburger, für alle

Lehrlinge.

Da können D'K'P- und 'S'DAJler noch so sehr gegen die 'illegalen Streiks' der Lehrlinge zetern, da können die Kapitalisten und Gewerkschaftsbürokraten noch so lange miteinander mauscheln, um sich die Lehrlinge als besonders billige Arbeitskraft zu erhalten und um sie notfalls gegen die älteren Kollegen auszuspielen. Schreiten wir voran unter den Losungen der Roten Grade:

Streikrecht für Lehrlinge!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Für die Arbeit in der Produktion — 80% vom Facharbeiterlohn!

Gegen die Spaltung in Alt und Jung

für die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse!



Geestacht, den 22.6.72

Es lebe die KPD/ML!

Lieber Genosse Aust!

Als Genosse und Leser des Roten Morgen, der das führende Organ der Arbeiterklasse bei uns in der BRD ist, bin ich zum ersten Mal mit einem Artikel nicht einverstanden. Und zwar über diesen "Unsere Haltung zu den Bombenanschlägen". Ich bin der Ansicht, wenn Bürger dieses Ausbeuterstaates sich dazu hergeben, bei Springer, sei es als Arbeiter oder Angestellter, oder bei der Klassenjustiz ihrer Arbeit nachzugehen, freiwillig, so sind dieselben die Handlanger der Ausbeuterklasse und nicht einen Pfifferling besser wie die Springer-Aus-

beuterbande! Und sie müssen sich nicht wundern, wenn sie die Faust der Arbeiterklasse in die dreckige Lakaienvisage in Form von Bomben in die Fresse bekommen! Als ich im Fernsehen sah, wie man die Genossen der RAF nackt ins Gefängnis geschleppt hat, während Mörder und Banditen mit Samthandschuhen angefaßt werden, habe ich an die Nazizeit gedacht. Und ich als Arbeiter sage:

Auge um Auge, Zahn um Zahn. Rot Front!

Es grüßt Dich, lieber Genosse Aust, W. T.

RM-Redaktion: Genosse, den revolutionären Schwung, der hinter deinem Brief steckt, sollten sich dieje-

nigen Kleinbürger einmal hinter die Ohren schreiben, die glauben, den deutschen Arbeitern einreden zu müssen, daß sie nur für höhere Löhne oder demokratische Rechte kämpfen sollen. Aber eine Kritik an deinem Brief haben wir auch: Einmal haben etliche Arbeiter bei Springer in Hamburg gesagt, daß der Bombenanschlag einen Fehler hatte, — er war ein paar Stockwerke zu tief angesetzt. "Man hätte das bei Springer und Bönisch unterlegen müssen." Das zeigt, daß auch die Arbeiter und Angestellten bei Springer einen zunehmenden Klassenhaß gegen die Hetzschreiber entwickeln.

Darum meinen wir auch zweitens, daß es nicht richtig ist, die Arbeiter und kleinen Angestellten bei Springer als Handlanger der Ausbeuterklasse abzustempeln. Lenin hat einmal gesagt, daß die Streikbrecher von heute, die Streikenden von morgen sein werden. Dafür müssen wir Kommunisten eben kämpfen. Nicht alle, aber den allergrößten Teil werden wir sicher für den Kampf für den Sozialismus gewinnen können.

ARMEE UND VOLK IM ROTEN CHINA

Drill und Schliff erniedrigen den Soldaten in unserer Bundeswehr. Er muß mitanschauen, wie die Offiziere im Kasino und außerhalb ihr Aristokratenleben führen.

Täglich wird in der imperialistischen Bundeswehr dem Soldaten eingepflichtet, daß er für die "Befreiung" der Bevölkerung in der "Zone" in den Krieg ziehen muß, daß die Arbeiter die Schande der 'Nation' sind, daß er gezwungen sein wird, eines

Tages auf seine Klassengenossen zu schießen.

Den Bauern muß er im Manöver den Acker zuschandenfahren, und in vielen Kneipen und Dörfern kann er sich nicht mehr sehen lassen, weil die Bevölkerung schon 'rot' sieht, wenn die Grauen kommen.

Die imperialistische Armee erniedrigt und verhetzt den Soldaten. Die imperialistische Armee wird vom Volk gehaßt.

Wie sieht es in einem sozialistischen Land wie der Volksrepublik China aus?

Dort herrscht ein enges kameradschaftliches Verhältnis zwischen dem einfachen Soldaten bis zum General. Es gibt keine Rangabzeichen und keine getrennten Küchen. Dort wird nicht — wie z.B. in den revisionistischen Ländern wie der DDR — die militärische Leistung über das politische Bewußtsein gestellt. Der chine-

sische Soldat muß in erster Linie wissen, wofür er kämpft, wem er mit seiner Arbeit dient. Erst das hohe politische Bewußtsein der Soldaten des Sozialismus ermöglicht auch hohe militärische Leistungen.

In der VR China herrscht zwischen Volk und Armee das beste Verhältnis.

"Die Armee muß mit dem Volk zu einem Ganzen verschmelzen, so daß sie vom Volk als seine eigene Armee angesehen wird. Eine solche Armee wird unbesiegbar sein..."

Mao Tse tung



Das bewaffnete chinesische Volk wird jeden Angreifer vernichten; Die Volksmiliz bei einer Demonstration

Das Bataillon sendet regelmäßig Leute in die Dörfer, die nach einer Gelegenheit suchen, Übungen mit konstruktiver Arbeit zu verbinden. Während der Obsternte, als die Arbeit auf dem Lande besonders drängte, nahm das Parteikomitee des Bataillons mit einer in den Bergen gelegenen Volkskommune und einer An- und Verkaufsgenossenschaft Kontakt auf und fragte an, ob als einen Auffrischkurs für seine Fahrer das Bataillon nicht mit Transport helfen könne. Die Antwort war ja und so wurden mehrere Fahrer mit ihren Lastwagen schnell hingeschickt. In vier Wochen transportierten die Soldaten 750 Tonnen Obst zur Marktstadt und brachten Tonnen von Kohle, Baumaterial und Gütern des täglichen Bedarfs zurück für die Bevölkerung der Gebirgsgegenden. Sie legten über 20000 Kilometer zurück, lernten besser mit ihren Lastwagen im Gebirge umzugehen und sparten für den Staat 4,5 Tonnen Benzin ein.

Die in einer felsigen und hügeligen Gegend stehende dritte Kompanie sollte Übungen mit dem pneumatischen Bohrer vornehmen. Diese Übungen nahm die Kompanie aber nicht dort vor, wo sie sich gerade befand. Vielmehr fand die Parteizelle einen Platz etwas 50 km von den Baracken der Einheit entfernt, wo ein Abflußkanal gebaut wurde. Bohrarbeiten würden hier der Truppe Erfahrung geben und gleichzeitig die Bauarbeiten beschleunigen. Zwei Gruppen verbrachten hier 40 Tage, lernten eine Menge, hoben 6000 Kubikmeter Fels und Steine aus, gaben ihr technisches Können an 20 Leute



Tagen sprengten die Pioniere 2500 Kubikmeter Erde und halfen so, einen 500 m langen Kanal auszuhe-

ben. Bei dieser Gelegenheit verbesserten sie ihr Können im Umgang mit Sprengstoffen.

an diesem Arbeitsplatz und ersparten dem Staat Ausgaben von etwa 4000 Yuan...

Gegen das reaktionäre Hochschulgesetz!

Aus der Peking Rundschau 26/72:

„Ein Pionierbataillon der Pekinger Einheiten der Chinesischen Volksbefreiungsarmee verbindet militärische Übungen mit Hilfe für das Volk in der Produktion. Es hebt so seine militärischen und politischen Qualitäten und leistet einen Beitrag zum sozialistischen Aufbau des Vaterlandes.

Letzten Winter machte die zweite

Kompanie Rast auf einem Feldmarsch in einer Volkskommune. Die Kommunemitglieder arbeiteten gerade an einem Wasserbauprojekt, fanden aber den durch starke Kälte hart gefrorenen Boden ein schweres Hindernis für ihre Arbeit. Die Parteiliste der Kompanie entschied daraufhin sofort, daß hier die rechte Gelegenheit war, um das Sprengen von gefrorenem Boden zu üben. In fünf

3.6.72: 7000 Studenten, Schüler und Assistenten gehen in Kiel auf die Straße. In der größten Kieler Nachkriegsdemonstration bringen sie ihren entschlossenen Protest gegen die Vorlage zum Landeshochschulgesetz zum Ausdruck. Am nächsten Tag treten die Studenten an der Kieler Universität mit überwältigender Mehrheit in einen einwöchigen Warnstreik.

Der Hintergrund: Die anschwellenden Klassenkämpfe machen auch vor der Universität nicht halt. Immer mehr Studenten haben in den letzten Jahren nicht nur das verbrecherische Wesen des US-Imperialismus erkannt, sondern auch den zutiefst reaktionären Charakter der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Immer mehr Studenten haben begonnen, sich in die weltweite Front gegen Imperialismus und Sozialimperialismus einzureihen; und die Fortgeschrittensten unter ihnen sind bereits dazu übergegangen, den Kampf im eigenen Land, den Kampf gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung aufzunehmen.

Die Reaktionen der Bourgeoisie auf den erstarkenden Kampf der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes sind seit eh und je dieselben: Sie weiß sich nicht anders zu retten als mit verschärfter Unterdrückungs-Notstandsgesetze, Betriebsverfassungsgesetz usw. usf. Sie wird immer mehr gezwungen, ihre demokratische Maske fallen zu lassen und ihre reaktionäre Fratze zu enthüllen. Und es reicht für sie heute schon nicht mehr aus, die Arbeiter zu knebeln und zu pressen. Vielmehr muß sie ih-

re Gewaltmaßnahmen auf das ganze Volk erstrecken, auch auf die Studenten.

Einigen Landesfürsten geht es dabei offensichtlich nicht schnell genug; so auch den Schleswig-Holsteinern, die mit ihrem Landeshochschulgesetz nun endgültig „reinen Tisch“ machen wollen: Die Studenten sollen wieder zu einer willfährigen und ohnmächtigen Masse geknetet werden; die Antiimperialisten und Revolutionäre unter ihnen sollen entweder aufhören, welche zu sein und Abbitte leisten, oder sie fliegen raus. Das ist die ganze Linie dieses Gesetzes, seines „Ordnungs“rechtes.

Vor was hat denn die Bourgeoisie solche Angst? Davor, daß sich die fortschrittlichen Studenten mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD/ML verbinden und unter ihrer Führung gegen die reaktionäre Monopolbourgeoisie, für die sozialistische Revolution kämpfen. Und genau das soll das Gesetz verhindern. Doch die Bourgeoisie hat ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das zeigte auch der Streik der Kieler Studenten: Die Kieler Universität wurde lahmgelegt. Mehrere zentrale Kampfveranstaltungen wurden abgehalten; und durch Vorlesungssprengungen wurde der Streik auch gegen reaktionäre Professoren und studentische Streikbrecher durchgesetzt.

Und die Revisionisten, der „Spartakus“? Hatten sie zuerst alles — vergeblich — versucht, um den Streik zu verhindern, so gingen sie während des Streiks zu neuen Manövern über: Den Wunsch der Studenten ausnützend, sich mit der Arbeiterklasse

zu verbinden, wollten sie nun den Streik dadurch abwiegeln, daß sie die Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung“ empfahlen. D.h.: Die fortschrittlichen Studenten sollten sich mit den Gewerkschaftsbözen zusammenschließen! Daß dabei alles andere rauskommt als ein entschlossener Kampf gegen die Maßnahmen der Monopolbourgeoisie, das leuchtete auch den meisten Studenten ein. Und damit wurde auch einem großen Teil klar: Den Kampf entschlossen führen und erfolgreich organisieren kann nur, wer einen scharfen Trennstich zu den Revisionisten zieht. Auch an der Universität.

Gleichzeitig aber, und auch das wurde klar während des Streiks, kann der Kampf gegen die reaktionären Maßnahmen der Monopolbourgeoisie nicht isoliert an der Universität geführt werden.

Ohne zu zeigen, daß diese Maßnahmen keine Einzelercheinungen sind, daß sie vielmehr konsequenter Ausdruck des reaktionären Regimes der Monopolbourgeoisie sind, und ohne die Perspektive des Sozialismus der Diktatur des Proletariats zu weisen, führt man die Studenten in die Sackgasse. Ohne auf die Verbindung des Kampfes der Studenten mit dem der Arbeiterklasse hinzuwirken, ohne klar zu sagen: Wir müssen für die Abschaffung des gesamten Systems kämpfen — unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD/ML!, ohne das zu sagen, bereitet man nur den Boden für die „linken“ Demagogen der Bourgeoisie, für ihre „Reform“projekte, bereitet man nur den Boden für die modernen Revisionisten.

Neorevisionistisches

In einem Aktionskomitee entlarvte ein spanischer Genosse den SPD-Komplex der Führer der Gruppe „Rote Fahne“, Bochum, ausgezeichnet (SPD-Hauptfeind in der Arbeiterbewegung). Er fragte einen Genossen der GRFB:

„Ist Willy Brandt hier Regierungschef? — Ja.

Hat Brandt Millionen? — Ja.

Ist Brandt ein Vertreter der Monopolbourgeoisie? — Ja.

Ist er also auch kein Freund der Arbeiter — Nein das ist er nicht.

Also, in welchen Arbeiterkopf geht

das nicht hinein?!“

„Sehr schön, sehr schön,“ lächelte der GRFB-Genosse still vor sich hin. Dann plötzlich, sich einen Ruck gebend: „Halt, aber so einfach ist das doch nicht.“ —

Doch so einfach ist es. Der Hauptfeind in der kommunistischen und Arbeiterbewegung ist auch bei uns der moderne Revisionismus und nichts anderes. „Unsere Genossen dürfen nicht annehmen, daß etwas, was sie selbst nicht verstehen, durchweg auch den Massen unverständlich sei.“ (Mao)

Hinweis

Wegen des Umfangs der Beilage zum II. ordentlichen Parteitag wird die angekündigte Erklärung der Kieler Genossen des ehemaligen Thälmann-Kampfbunds nicht in dieser, sondern in einer der nächsten Nummern erscheinen.